

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 53 (1973-1974)  
**Heft:** 1

**Anhang:** Die Affäre Hoffmann/Grimm  
**Autor:** Stauffer, Paul

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

SCHWEIZER  
MONATSEHTE

---

SONDERBEILAGE  
ZU HEFT 1 DES 53.  
JAHRGANGS (1973/74)

# Die Affäre Hoffmann/Grimm

*Paul Stauffer*



# Die Affäre Hoffmann/Grimm

## *I. Die Vorgeschichte – «Komplizität» zwischen Hoffmann und Grimm?*

Die historische Forschung der letzten Jahre hat Hergang und Hintergrund der Ereignisse, die im Juni 1917 unvermittelt zum Rücktritt des schweizerischen Aussenministers Bundesrat Arthur Hoffmann führten, der Klärung ein gutes Stück näherzurücken vermocht. Auf den folgenden Seiten soll vornehmlich der Versuch einer zusammenfassenden Bestandesaufnahme und Interpretation dessen unternommen werden, was über diese wohl dramatischste Episode in der Geschichte der Aussenpolitik des Bundesstaates zur Stunde bekannt ist. Die Heranziehung unveröffentlichter Dokumente aus dem Schweizerischen Bundesarchiv wird manchenorts zur Ergänzung des aus publizierten Quellen und Sekundärliteratur gewonnenen Bildes beitragen können. Unser Vorhaben mag darin seine Rechtfertigung finden, dass die Mehrzahl der neueren Veröffentlichungen – handle es sich nun um Aktenpublikationen oder Darstellungen<sup>1</sup> – einzelne Aspekte der Affäre Hoffmann/Grimm im grösseren Zusammenhang einer andersgerichteten Themenstellung streifen, den Fall aber nicht monographisch ins Zentrum der Betrachtung rücken.

Der äussere Ablauf der Geschehnisse darf als bekannt vorausgesetzt werden und sei deshalb hier nur summarisch zusammengefasst: Im Frühjahr 1917 war der sozialdemokratische Berner Nationalrat Robert Grimm in der russischen Hauptstadt Petrograd eingetroffen, wo seit der Abdankung des Zaren – Mitte März – die Provisorische Regierung unter Fürst Lwow einerseits, der Arbeiter- und Soldatenrat anderseits in prekärer Koexistenz um die Ausübung der Herrschaft rivalisierten. Erklärter Zweck dieser Reise des Schweizer Politikers war es, die Zustimmung der Provisorischen Regierung zur Heimkehr russischer Emigranten aus dem schweizerischen Exil zu erwirken. Mehr lag ihm indessen daran, im Sinne des Friedensprogrammes, wie es von den internationalen Sozialistenkonferenzen in Zimmerwald (Juli 1915) und Kiental (April 1916) beschlossen worden war, zu sondieren, welche Möglichkeiten einer beschleunigten Beendigung des Krieges sich aus der revolutionären Situation in Russland ergäben.

Durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in Petrograd liess Grimm am 26. Mai Bundesrat Hoffmann ein Chiffretelegramm zukommen, worin er die Friedensaussichten aufgrund seiner an Ort und Stelle gewon-

nenen Eindrücke als günstig bezeichnete und den Chef des Politischen Departementes bat, ihn über «die Kriegsziele der Regierungen» zu unterrichten. Hoffmann antwortete am 3. Juni mit einem zuhanden Grimms an die Gesandtschaft in Russland gerichteten, ebenfalls chiffrierten Telegramm, das sich auf eine Darlegung der deutschen Friedensbedingungen beschränkte. Knappe zwei Wochen später, am 16. Juni, war die schwedische Zeitung «Socialdemokraten» in der Lage, den Text dieser Depesche zu veröffentlichen. In den alliierten Hauptstädten, deren Presse die in Stockholm lancierte Neuigkeit noch gleichentags aufgegriffen hatte, zögerte man nicht, Hoffmanns Vorgehen als eine einseitige Begünstigung der gegnerischen Kriegspartei zu verurteilen. Besonders aufgebracht zeigte sich London über die Handlungsweise des Schweizer Aussenministers; der britische Ge sandte in Bern beschuldigte ihn ohne Umschweife des Neutralitätsbruchs<sup>2</sup>. Auch ein Teil der schweizerischen öffentlichen Meinung stimmte in diesen Vorwurf ein, wobei die besondere Vehemenz, mit der die welsche Presse ihre Entrüstung bekundete, sowie die Tatsache, dass es nach einer Protestkundgebung in Genf zu Ausschreitungen gegen das dortige deutsche Konsulat kam, die Vermutung nahelegen, das Verdammungsurteil der damals weithin ausgesprochen ententefreundlichen Westschweiz habe nicht so sehr Hoffmanns neutralitätspolitischem Sündenfall an sich als vielmehr der germanophilen Absicht gegolten, von der man sein Handeln inspiriert sah.

Auf jeden Fall traf zu, was der umstrittene Magistrat in seinem Demissionsschreiben vom 18. Juni feststellte, dass nämlich die Veröffentlichung seines Telegramms an Grimm eine Lage geschaffen habe, die «für die innenpolitischen und auswärtigen Beziehungen des Landes verhängnisvoll werden» könne<sup>3</sup>. Anerkannt zu werden verdient, dass Hoffmann die sich aus der Depeschenaffäre für ihn persönlich aufdrängenden Konsequenzen mit der im Landesinteresse gebotenen Eile zu ziehen bereit war. Der Umstand, dass der Chef des Politischen Departementes keinen seiner Regierungskollegen von dem Telegrammwechsel mit Grimm unterrichtet hatte, erleichterte es der Landesbehörde, sich von dem Vorgehen des Aussenministers mit jener Entschiedenheit zu distanzieren, die erforderlich war, um das Vertrauen der Ententemächte in die schweizerische Neutralitätspolitik wiederherzustellen und die öffentliche Meinung in der Westschweiz zu beruhigen. Immerhin sprachen die Bundesräte Forrer, Müller und Calonder sich im Schosse des Regierungsgremiums mehr oder weniger nachdrücklich gegen die Annahme von Hoffmanns Rücktrittsgesuch aus. Sie blieben auch der Nationalratssitzung fern, in der Bundespräsident Schulthess am 19. Juni die Demission des Aussenministers bekanntgab, wobei er dessen Verhalten in der Telegramm'affäre missbilligte, ihm jedoch ehrenhafte Motive zugestand und sein Wirken als Mitglied der Landesregierung mit anerkennenden Wor-

ten würdigte. Die Wahl einer als frankophil geltenden Persönlichkeit, des Genfers Gustave Ador, zum Nachfolger Hoffmanns war geeignet, zur Reinigung der getrübten innen- wie aussenpolitischen Atmosphäre das ihrige beizutragen. Über den Hergang der Ereignisse im einzelnen und über die Frage der Verantwortung für die vorgefallene Indiskretion sollte eine verwaltungsinterne Untersuchung Klarheit schaffen<sup>4</sup>.

Es lag nahe, dass Bundesrat Ador, der diese Untersuchung zum Teil selbst führte, vor allen Dingen in Erfahrung zu bringen suchte, ob dem folgenschweren Telegrammwechsel zwischen dem Chef des Politischen Departementes und Nationalrat Grimm irgendwelche Vereinbarungen zugrunde lagen, welche die beiden schon vor der Abreise des letzteren nach Russland getroffen haben mochten. Die Frage lässt sich in der Rückschau klarer beantworten als zur Zeit des amtlichen Untersuchungsverfahrens. Dessen Ergiebigkeit war von vornherein dadurch beeinträchtigt, dass es im wesentlichen auf die Aussagen der beiden Protagonisten abzustellen hatte, denen naturgemäß vor allem an der Rechtfertigung der eigenen Handlungsweise gelegen war. Aufgrund der seither bekanntgewordenen deutschen diplomatischen Akten kann heute mit Bestimmtheit festgestellt werden, dass die beiden Hauptbeteiligten – geleitet von dem gemeinsamen, wenn auch verschiedenartig motivierten Wunsch nach Frieden – bei einer Mitte April 1917 geführten Aussprache zum voraus mindestens die Möglichkeit erörtert haben, während Grimms Russlandaufenthalt Informationen auszutauschen, die dem Ziel einer Abkürzung des Krieges allenfalls nutzbar zu machen wären. Grimm, der in den voraufgegangenen Wochen massgeblich an der Organisation der Heimkehr russischer Emigranten – insbesondere Lenins – aus dem schweizerischen Exil mitgewirkt hatte, war dabei mehrfach mit Hoffmann zusammengetroffen<sup>5</sup>. Dass die beiden Schweizer Politiker sich der weitreichenden Implikationen dieser Rückführung wohl bewusst waren, erhellt namentlich aus einem Telegramm des deutschen Gesandten Romberg, der am 31. März nach Berlin zu berichten wusste, Hoffmann habe von Grimm erfahren, dass die heimkehrwilligen russischen Emigranten «größtenteils für (den) Frieden seien»<sup>6</sup>. Als die Vorbereitung seiner eigenen Russlandreise ihm Veranlassung bot, abermals an Bundesrat Hoffmann heranzutreten, hatte Grimm somit bereits Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, wie sehr auch der Chef des Politischen Departementes darauf bedacht war, die sich in Russland abzeichnenden Friedenschancen genutzt zu sehen.

Grimm hoffte, dank Hoffmanns Fürsprache beim deutschen Gesandten leichter zu der benötigten Durchreisebewilligung durch das Reichsgebiet zu gelangen. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz hob er in der amtlichen Untersuchung den angeblich völlig unpolitischen Charakter jener

Besprechung mit Bundesrat Hoffmann hervor: «Von irgendwelchen Abmachungen, Verabredungen, Aufträgen für Informationen, Vermittlung von Friedensvorschlägen und was sonst die unerschöpfliche Phantasie geschäftiger Träger einer gewissen Sorte von neutraler Politik diesem Gespräch unterstellte, war keine Rede, mit keinem Wort die Rede»<sup>7</sup>. In einem am 29. Juni 1917 in der «Berner Tagwacht» publizierten Brief hatte Grimm zuvor schon öffentlich in Abrede gestellt, dass seinem Telegrammwechsel mit Hoffmann irgendeine Abmachung vorausgegangen sei<sup>8</sup>. Nahezu vier Jahrzehnte später erst hat er in autobiographischen Aufzeichnungen<sup>9</sup> angedeutet, wie das Gespräch von Mitte April 1917 jene Wendung nahm, die es zum Ausgangspunkt weittragender Entwicklungen werden liess. Grimm gibt in diesem Memoirenfragment zu, dass es während seines Zusammentreffens mit Hoffmann doch nicht ausschliesslich bei Erörterungen praktischer Natur im Hinblick auf seine geplante Russlandreise geblieben sei, sondern dass man auch «über die Kriegslage und deren Rückwirkungen auf die Schweiz» gesprochen habe. Bundesrat Hoffmann habe sich um das Schicksal des Landes tief besorgt gezeigt und nicht verschwiegen, dass er von der russischen Revolution «eine raschere Herbeiführung des Friedens und damit eine Erleichterung der Lage für die Schweiz» erhoffe. Dass in diesem Zusammenhang aber auch von der Möglichkeit einer Beendigung der deutsch-russischen Feindseligkeiten im besonderen die Rede gewesen sein dürfte, lässt Grimm in seinen Reminiszenzen mit der Bemerkung durchblicken, er habe sich an sein Gespräch mit Hoffmann dann wieder erinnert, als in Petrograd im Kreise von Zimmerwalder Sozialisten die Frage diskutiert worden sei, «ob ein Friede mit Deutschland überhaupt Aussicht habe und ob Deutschland bereit sei, einen Waffenstillstand mit Russland einzugehen»<sup>10</sup>.

Was demgegenüber Hoffmanns eigene Darstellung des Sachverhaltes betrifft, so bestritt er in der Untersuchung zwar nicht, Grimm Mitte April auf dessen Wunsch zu einer Besprechung empfangen zu haben, wies aber seinerseits mit Nachdruck die in gewissen Zeitungen gegen ihn erhobenen Bezichtigungen zurück, eine «Mission Grimm» veranlasst oder gefördert zu haben; es sei unsinnig, von Grimm als seinem Mittelsmann oder auch nur von einem Zusammenwirken mit ihm zu sprechen. Grimm habe bei ihrer Begegnung das Thema der Reiseformalitäten angeschnitten und ihn überdies um eine Empfehlung an den schweizerischen Gesandten in Petrograd, Odier, gebeten. Bezuglich der Reisedokumente habe er, Hoffmann, seinen Gesprächspartner direkt an die deutsche Gesandtschaft in Bern verwiesen und die Ausstellung eines Einführungsschreibens an Minister Odier als überflüssig abgelehnt: Grimm könne sich, sollten ihm in Petrograd Schwierigkeiten erwachsen, jederzeit an die schweizerische Gesandtschaft wenden,

mit der das Politische Departement in ungestörtem schriftlichen und telegraphischen Verkehr stehe. Gänzlich unerörtert wären nach Hoffmanns Darstellung die Motive von Grimms Russlandfahrt geblieben: «Über seine Projekte hat sich Herr Grimm mir gegenüber nicht ausgesprochen; von Herrn von Romberg (dem deutschen Gesandten in Bern) hörte ich gelegentlich, er habe angegeben, sich für einen Austausch russischer Emigranten gegen deutsche Zivilgefangene bemühen zu wollen. Der eigentliche Zweck seiner Reise war wohl ein anderer»<sup>11</sup>.

Die betonte Beiläufigkeit dieser Bezugnahme auf eine Äusserung des deutschen Gesandten zur Frage von Grimms Reisezweck war zweifellos darauf berechnet, die Tatsache zu verschleiern, dass eben dieses Thema in Wirklichkeit Gegenstand mehrfacher und eingehender Besprechungen zwischen Bundesrat Hoffmann und Baron Romberg gebildet hatte. Der Text einer vom 14. April 1917 datierten Depesche<sup>12</sup> des letztern an das Berliner Auswärtige Amt vermittelt denn auch wesentlich substanzellere Aufschlüsse über den Inhalt der zwischen Hoffmann und Grimm geführten Unterredung, als die von den beiden Gesprächspartnern selbst herrührenden Darstellungen. Aus Rombergs Telegramm geht einmal hervor, dass Hoffmann dem Visabegehren Grimms die erbetene Unterstützung nicht verweigert hat, sondern bei Romberg – allerdings unter Distanzierung von der Person des Gesuchstellers – für die Erteilung der deutschen Durchreisebewilligung an den Berner Sozialisten eingetreten ist: «Hoffmann ist, obwohl persönlicher Gegner Grimms, ... geneigt, Genehmigung zu befürworten ... Hoffmann hält ihn (Grimm) in punkto Friedensbestrebungen für durchaus ehrlich»<sup>13</sup>.

Der Depesche Rombergs lässt sich sodann entnehmen, dass diese bundesrätliche Empfehlung von dem Hinweis auf Grimms Absicht begleitet war, in Stockholm und wenn möglich in Petersburg selbst auf den Abschluss eines deutsch-russischen Separatfriedens als einer Vorstufe zum allgemeinen Frieden hinzuwirken: «Die Gelegenheit zu Sonderfrieden mit Russland müsse unbedingt ausgenützt werden, dann werde allgemeiner Friede folgen»<sup>14</sup>. Indem Hoffmann sich in der von Romberg erwähnten Weise für den Berner Nationalrat einsetzte, wies er sich nicht nur über die Kenntnis von dessen Absichten aus; sein Vorgehen implizierte überdies eine weitgehende Billigung von Grimms Plänen. Dass auch der schweizerische Aussenminister einen Friedensschluss im Osten herbeiwünschte und diese Auffassung, mit der er unter seinen Bundesratskollegen anscheinend nicht allein stand, dem deutschen Gesandten gegenüber keineswegs verhehlte, kommt in Rombergs Telegramm vom 14. April an anderer Stelle denn auch noch deutlicher zum Ausdruck: «Hoffmann, wie Präsident Schulthess», heisst es da, «scheinen besonders unter dem Eindruck der amerikanischen Kriegserklä-

rung nervös und besorgt, dass die Gelegenheit, mit den Russen zum Frieden zu gelangen, ungenutzt bleiben könnte, (sie) deuten an, ob wir uns nicht unter Verzicht auf Annexionen im Osten und mit Schaffen von Grenzländern mit garantierter Autonomie begnügen könnten»<sup>15</sup>.

Wie wir aus Baron Rombergs Telegramm weiter erfahren, hat Grimm ihm sein Anliegen auch noch direkt vorgetragen. Was der Berner Sozialdemokrat dabei äusserte, bestätigt die zwischen ihm und Bundesrat Hoffmann herrschende Übereinstimmung in dem Wunsch nach einer klaren Manifestation deutscher Friedensbereitschaft im Osten: Grimm bezeichnete es dem Gesandten gegenüber ebenfalls als dringend erforderlich, dass deutscherseits offiziell «der Verzicht auf Annexionen und Kriegsentschädigungen ausgesprochen werde, um (die) Friedenspartei in Russland zu stärken». Im übrigen umschreibt Grimm den Zweck seiner Reise dahin, in der russischen Hauptstadt die Zustimmung zur Heimkehr politischer Emigranten aus der Schweiz zu erwirken, vor allem aber Friedensmöglichkeiten auszukundschaften. Es muss auffallen, dass er sich – immer nach Rombergs Depesche – hinsichtlich des letzteren Punktes gleich noch anerboten haben soll, dem deutschen Diplomaten «gegebenenfalls durch (die) schweizerische Gesandtschaft in Petersburg seine Eindrücke mitzuteilen». Wie konnte Grimm sich berechtigt fühlen, seinem Gesprächspartner eine derart weitgehende und neutralitätspolitisch riskante Zusage zu machen? Man wird sich in diesem Zusammenhang an die nachträgliche Äusserung Hoffmanns erinnern, er habe Grimm auf den zwischen der Petrograder Gesandtschaft und der Berner Zentrale bestehenden ungestörten schriftlichen und telegraphischen Verkehr aufmerksam gemacht, allerdings bloss für den Fall, dass Grimm «den Schutz der Gesandtschaft anzurufen in die Lage kommen würde»<sup>16</sup>. Sollte Hoffmanns Darstellung für das Untersuchungsverfahren auch hierin eher auf die Verschleierung als auf die Klärung des wahren Sachverhaltes bedacht gewesen sein? Diese Vermutung drängt sich auf angesichts der übereinstimmenden Aussagen des Gesandten Odier und seines Attachés Lardy, wonach Grimm bei seiner Vorsprache auf der Petrograder Gesandtschaft am 27. Mai erklärt habe, von Bundesrat Hoffmann ermächtigt zu sein, ihm per Chiffretelegramm «seine Eindrücke namentlich mit Bezug auf die Friedensmöglichkeiten» mitzuteilen<sup>17</sup>. Wörtlich heisst es in der von Minister Odier für Bundesrat Ador verfassten Aufzeichnung über Grimms Kontakte mit der Gesandtschaft: «M. Lardy ayant demandé à Grimm dans quel but il désirait télégraphier à M. Hoffmann et si cet échange de télégrammes avait été prévu, M. Grimm répondit qu'avant son départ de Berne, il avait été convenu qu'il tiendrait M. Hoffmann au courant de ses impressions de voyage tant en ce qui concerne la Suède qu'en ce qui concerne la Russie et lui ferait part de son opinion sur la situation spécialement en ce qui concerne

les possibilités de paix. M. Grimm ajouta qu'il avait été entendu avec M. Hoffmann qu'il s'adresserait à la Légation de Suisse à Petrograd pour la transmission de ses informations, le Consulat de Suisse à Stockholm n'ayant pas de chiffre. – M. Lardy insista encore et demanda à M. Grimm s'il avait été expressément autorisé à se servir du chiffre de la Légation, pour la transmission de nouvelles; Grimm répondit «selbstverständlich»<sup>18</sup>.

Es kann nicht erstaunen, dass Grimm die Richtigkeit dieser Darstellung in der Untersuchung kategorisch bestritt und behauptete, von seinen Gesprächspartnern auf der Gesandtschaft falsch verstanden worden zu sein. Bundesrat Ador zeigte sich von diesen Exkulpationsversuchen unbeeindruckt: «Il demeure évident que M. Grimm a dû tenir à M. Lardy à la Légation de Suisse un langage permettant à M. Lardy de croire que M. Grimm était en quelque sorte accrédité par M. Hoffmann et autorisé par lui à recourir à la Légation. M. Lardy ne peut pas avoir inventé le récit de son entrevue avec M. Grimm»<sup>19</sup>. Man wird sich Adors Argumentation schwerlich verschliessen können, sie aber auch auf den Inhalt der von Lardy wiedergegebenen Grimmschen Äusserungen auszudehnen haben: was der Berner Nationalrat über seine Abmachungen mit Hoffmann und besonders was er, unter ausdrücklicher Berufung auf den Chef des Politischen Departementes, hinsichtlich der Möglichkeit einer Übermittlung von Nachrichten nach Bern vorgebracht hatte, das klang ebenfalls nicht so, als hätte Grimm es «erfunden haben können». Vielmehr verdichtet sich unter dem Druck seiner Aussagen gegenüber Odier und Lardy beinahe zur Gewissheit, was die weiter oben zitierten Zeugnisse erst hatten vermuten lassen: dass nämlich Hoffmann vor Grimms Abreise diesen nicht nur seiner Zustimmung zu der geplanten Friedenssondierung versichert, sondern – allen späteren Dementis zum Trotz – mit ihm auch ein Zusammenwirken durch den Austausch von Informationen vereinbart haben dürfte. Es wird nun auch eher verständlich, wie Grimm dazu kam, Baron Romberg die Bekanntgabe seiner Eindrücke aus Petrograd durch Vermittlung der dortigen schweizerischen Gesandtschaft in Aussicht zu stellen, obschon ein dokumentarischer Nachweis dafür nicht beizubringen ist, dass Hoffmann sich seinerseits Grimm gegenüber zur Weiterleitung von dessen russischen Impressionen an die deutsche Gesandtschaft in Bern bereit erklärt hätte. Festzuhalten bleibt indessen, dass Grimms Zusage an Romberg sich im weiteren Ablauf der Ereignisse durchaus erfüllen sollte.

## *II. Der Telegrammwechsel und seine Hintergründe*

Am 26. Mai traf in Bern nachstehende Depesche der schweizerischen Gesandtschaft in Petrograd ein, die dem über die Pfingstfeiertage in seiner

Heimatstadt St. Gallen weilenden Chef des Politischen Departementes dort-hin nachgesandt wurde: «Herr Nationalrat Grimm, der sich gegenwärtig in Petrograd aufhält, bittet uns, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm folgenden Inhalts zu übermitteln: ‹Friedensbedürfnis ist allgemein vorhanden. Ein Friedensschluss ist in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit. Diese Erkenntnis ist an massgebender Stelle vorhanden. Hemmungen bereitet Frankreich, Hindernisse England. Die Verhandlungen schweben gegenwärtig, und die Aussichten sind günstig. In den nächsten Tagen ist neuer, verstärkter Druck zu erwarten. Die einzige mögliche und gefährlichste Störung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterbleibt diese Störung, so wird eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. – Eine vom Arbeiterrat einberufene internationale Konferenz ist ein Teil der Friedenspolitik der neuen Regierung. Das Zustandekommen dieser Konferenz gilt als sicher, sofern die Regierungen keine Passschwierigkeiten machen. Alle Länder haben ihre Beteiligung zugesagt. Unterrichten Sie mich, wenn möglich, über die Ihnen bekannten Kriegsziele der Regierungen, da die Verhandlungen dadurch erleichtert würden. Ich halte mich noch zirka 10 Tage in Petrograd auf.› Schweizerische Gesandtschaft: Odier»<sup>20</sup>.

Allein schon die Tatsache, dass eben diese «neue»<sup>21</sup> russische Regierung, in deren Sinn, wenn nicht gar mit deren Einverständnis Grimm hier zu handeln vorgab, seine Friedenssondierung in der Folge zum Anlass nahm, ihn als feindlichen Agenten des Landes zu verweisen, deutet darauf hin, dass seine Schilderung den wirklichen Verhältnissen nur bedingt entsprochen haben kann. Hatte Grimm, aus pazifistischem Wunschdenken heraus, die tatsächliche Situation völlig verkannt? Man möchte es annehmen, verriete nicht ein differenzierterer Lagebericht, den er gleichentags in Briefform an Hoffmann richtete, eine gründlichere Kenntnis der russischen innenpolitischen Zustände. Von ungerechtfertigter Zuversicht zeigte er sich zwar auch in diesem Schreiben insofern nicht frei, als er die im Kreise des Arbeiter- und Soldatenrates vorhandene Friedensbereitschaft überschätzte und fälschlicherweise bedeutend höher veranschlagte als jene der Provisorischen Regierung. Wie wenig die Meinungen in beiden Lagern hinsichtlich der Friedensfrage damals voneinander abwichen, sollte Grimm wenig später am eigenen Leib zu spüren bekommen, als der allrussische Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte den gegen ihn gefällten Ausschaffungsentscheid der Regierung mit 640 gegen 121 Stimmen guthiess. Immerhin werden in Grimms brieflicher Darstellung – anders als im Telegramm – die inner-russischen Widerstände gegen eine rasche Beendigung des Krieges zumindest nicht verschwiegen: «Wir versuchen jetzt, der diplomatischen Aktion<sup>22</sup> einen Druck durch die Massenbewegung zu geben. Das Mittel hiezu ist die

Lösung des Waffenstillstandes als ultimative Forderung an die Alliierten. Diese Bewegung ist im Gange und kann sehr wohl zur Bildung einer ausschliesslich aus dem Arbeiter- und Soldatenrat hervorgehenden Regierung führen, da die jetzige Regierung der Entente gegenüber weder frei ist, noch den Willen hat, sich freizumachen. Die neue Regierung wird dem Drucke nachgeben und an Stelle des Lavierens die Alternative stellen müssen: Waffenstillstand und allgemeine Verhandlungen, oder Sonderfrieden. Von Sonderfrieden wagt hier niemand zu sprechen. Ich glaube auch nicht, dass es dazu kommt, es sei denn als Kapitulationsfrieden. Wenn es indes gelingt, die jetzige oder die kommende Regierung zum entschiedenen Auftreten gegenüber den Alliierten zu veranlassen, so wird die Entente dem Drucke weichen.»

Hoffmann, der den vorstehenden Auszug aus Grimms Brief in seiner schriftlichen Deposition für das Untersuchungsverfahren wiedergibt<sup>23</sup>, suchte sich mit diesem Zitat von dem Verdacht zu entlasten, er habe durch seinen Telegrammaustausch mit dem Berner Sozialdemokraten eine auf den Abschluss eines Separatfriedens hinzielende Aktion unterstützt: «Wie immer man sich zu diesen Gedankengängen stellen mag, so wird man doch zugeben müssen, dass der Verfasser dieses Briefes (das heisst Grimm) nicht auf einen Sonderfrieden hinzuarbeiten gewillt war, sondern dass er den Gesamtfrieden im Auge hatte»<sup>24</sup>. Hoffmanns Hinweis auf die Brieffassung von Grimms Lageskizze aus der russischen Hauptstadt ruft indessen auch der Frage, was diesen überhaupt veranlasst haben kann, sich solch «zweigleisiger» Form der Berichterstattung zu bedienen. Zum Verständnis von Grimms Vorgehen mag es nützlich sein, daran zu erinnern, dass er selbst, Romberg und Hoffmann eine Weiterleitung der von ihm dem Vorsteher des Politischen Departementes aus Petrograd vermittelten Informationen an die deutsche Gesandtschaft zum voraus vereinbart haben dürften<sup>25</sup>. Es liesse sich daher denken, dass Grimms Telegramm weniger für Bern, als für Berlin bestimmt und in seinem zuversichtlichen Ton darauf angelegt war, das deutsche Interesse an der Russlandexpedition des Schweizer Parlamentariers wachzuhalten, besonders aber dem Berliner Auswärtigen Amt eine Kooperation durch Bekanntgabe der deutschen Kriegsziele als lohnend erscheinen zu lassen. Bei der Abfassung der realistischeren Briefversion hätte sich Grimm dagegen nicht von taktischen Überlegungen dieser Art, sondern einfach von der Absicht leiten lassen, Hoffmann wahrheitsgemäß zu unterrichten. Mochte der Brieffassung gegenüber dem Telegramm damit eine rektifizierende Wirkung zugedacht sein, so bot anderseits die mehrtägige Verzögerung, mit welcher das durch diplomatischen Kurier befördernte Schreiben seinen Adressaten erreichte, eine gewisse Gewähr dafür, dass dieser ernüchternde Effekt zu einem Zeitpunkt eintrat, wo der Inhalt der

Depesche bereits nach Berlin gelangt sein und dort die gewünschte Reaktion hervorgerufen haben würde.

Bundesrat Hoffmann war offenbar erst im Besitz der telegraphischen Version von Grimms Lagebericht, als er – von seinem Pfingsturlaub nach Bern zurückgekehrt – am 29. Mai den als deutschen Geschäftsträger amtierenden Botschaftsrat Dietrich von Bethmann-Hollweg (einen Vetter des damaligen Reichskanzlers) zu sich bat. Ganz im Sinne von Grimms früherem Anerbieten las der Schweizer Aussenminister seinem Gesprächspartner die aus Petrograd eingetroffene Depesche in extenso vor, so dass es Bethmann möglich war, in einem Telegramm, das er seinerseits noch gleichentags an das Auswärtige Amt in Berlin richtete, Grimms Text stellenweise wortgetreu wiederzugeben. Aus der Depesche des deutschen Diplomaten erfahren wir ausserdem, dass Hoffmann, an Grimms Bitte um Aufklärung über die Kriegsziele anknüpfend, den Wunsch äusserte, Botschaftsrat Bethmann-Hollweg möge sein Ministerium bitten, ihm in dieser Hinsicht «etwas an die Hand zu geben, was er Grimm telegraphieren könne. Er (Hoffmann) halte es für nützlich, den durch Grimm zu den massgeblichen Persönlichkeiten in Petersburg angeknüpften Faden weiterzuspinnen»<sup>26</sup>.

Bevor das Auswärtige Amt darauf noch antworten konnte, scheinen Hoffmann nun aber doch Zweifel an der Opportunität seiner aktiven Unterstützung von Grimms Friedensföhler aufgestiegen zu sein. Bereits am Tag nach seiner Unterredung mit Bethmann-Hollweg kam er bei Baron Romberg, der die Leitung seines Postens mittlerweile wieder übernommen hatte, auf die Angelegenheit Grimm zurück, wodurch der Gesandte sich veranlasst sah, dem Telegramm seines Mitarbeiters eine weitere Depesche nach Berlin folgen zu lassen: «Bundesrat Hoffmann sagte mir, er habe doch grosse Bedenken, Grimm positive Angaben über unsere Kriegsziele zu machen, da sich Grimm sonst die Rolle eines offiziösen Vermittlers anmassen könnte, zu der er nach seiner Stellung nicht berufen sei. Er würde dagegen empfehlen, Grimm einige allgemeine Gesichtspunkte anzugeben, die er zur Stärkung der Friedenspartei in Russland verwenden könnte»<sup>27</sup>.

Was mag Hoffmann zu diesem recht unbeholfen anmutenden Versuch bewogen haben, die Tragweite seiner früheren Äusserungen einzuschränken? Bei der Beantwortung dieser Frage sind wir auf Vermutungen angewiesen. Da die Beförderungszeit für Kuriersendungen zwischen Petrograd und Bern vier bis fünf Tage betragen haben dürfte, scheint es möglich, dass der Vorsteher des Politischen Departementes den vom 26. Mai datierten Brief Grimms am 30. im Laufe des Tages, das heisst nach seiner Unterredung mit Bethmann-Hollweg und vor jener mit Romberg, erhalten haben kann. Nun war der Inhalt dieses Schreibens bekanntlich durchaus dazu angetan, Hoffmann zur Einsicht zu verhelfen, dass die Grimmsche

Friedensexploration – mochte sie auch vom Wunsch nach Einstellung der Feindseligkeiten an allen Fronten inspiriert sein – mitten ins Kreuzfeuer der Petrograder Auseinandersetzungen um die Weiterführung oder Beendigung der russischen Kriegsteilnahme hineinzugeraten drohte. Damit mussten für den Chef des Politischen Departementes aber auch die Risiken erkennbar werden, die mit der Unterstützung von Grimms Vorstoss für ihn, Hoffmann, persönlich wie für die von ihm geleitete Aussenpolitik seines Landes verbunden waren. Sein plötzliches Zögern in der Weiterverfolgung des eingeschlagenen Weges nimmt sich denn auch wie ein Zurückschrecken vor diesen zu später Stunde wahrgenommenen Gefahren aus. Ob er ihrer tatsächlich erst aufgrund von Grimms brieflichem Lagebericht innegeworden ist, erscheint dabei nicht von ausschlaggebender Bedeutung: spürbar wird jedenfalls, dass ein Vorgefühl der heraufziehenden Krise ihm für kurze Zeit den Rückzug aus der Aktionsgemeinschaft mit Grimm nahegelegt haben muss. Wenn er sich gleichwohl nur eine halbherzige, die Kennzeichen des Kompromisses tragende Geste der Abschwächung abzuringen vermochte, so liefert die Begründung, mit der er Romberg gegenüber sein partielles Zurückweichen motivierte, vielleicht einen Anhaltspunkt zum psychologischen Verständnis seines Verhaltens: es macht den Anschein, als habe das Streben nach der Rolle des Friedensvermittlers, dessen er Grimm verdächtigte, Hoffmann selbst keineswegs ferngelegen, und als sei es nicht zuletzt sein dahin zieler Ehrgeiz gewesen, der ihn den einmal betretenen Pfad der geheimen Friedensexploration über zeitweilige Bedenken hinweg zu Ende gehen liess.

Auf jeden Fall blieb das teilweise Abrücken von Grimm, das Hoffmanns Äusserung gegenüber dem deutschen Gesandten anzuseigen schien, für den Fortgang des Geschehens ohne greifbare Folgen. Am 31. Mai übermittelte das Auswärtige Amt Baron Romberg die zur Weiterleitung an Hoffmann bestimmten Angaben «mit dem Anheimstellen geeigneter telegraphischer Verwertung bei Nationalrat Grimm» und der Empfehlung, der Chef des Politischen Departementes möge sich dabei «nicht auf (eine) offizielle Äusserung der Kaiserlichen Regierung» berufen, «sondern auf (den) unbedingt zuverlässigen Eindruck, ... den er aus zahlreichen Unterhaltungen mit Euer Hochwohlgeboren und andern massgebenden deutschen Persönlichkeiten gewonnen habe»<sup>28</sup>. Diesen Rat hat Hoffmann bei der Abfassung seines Telegramms nach Petrograd und später in der Befragung durch Ador denn auch befolgt. Dank den ununterbrochenen Kontakten, die er kraft seiner Stellung mit diplomatischen Vertretern und sonstigen Exponenten beider kriegführenden Staatengruppen unterhielt, sei er, wie er seinem Nachfolger versicherte, «über den jeweiligen Stand der Friedensfrage in den entscheidend in Betracht kommenden Ländern ziemlich zuverlässig unterrichtet» gewesen; lediglich in gewissen Einzelpunkten habe er sich von Geschäfts-

träger Bethmann-Hollweg zusätzliche Auskünfte erteilen lassen, beispielsweise über die deutschen Absichten bezüglich Litauens und Kurlands. Vor allem aber habe er sich im Gespräch mit dem deutschen Diplomaten die von Grimm gewünschte Zusicherung zu verschaffen gesucht und auch erhalten, «dass Deutschland nicht an eine Offensive gegen Russland denke, solange Aussicht auf eine friedliche Regelung bestehe»<sup>29</sup>.

Zwar stimmt letztere Aussage mit dem heute aktenmäßig überprüfbaren Sachverhalt durchaus überein, doch hatte sich Hoffmann im übrigen bei seinem diplomatischen Gewährsmann ja gerade nicht nach Details des deutschen Friedensprogrammes, sondern nach dessen «allgemeinen Gesichtspunkten» erkundigt. Über seine Berner Gesandtschaft hatte Berlin ihm gleichwohl den folgenden, recht ausführlichen Katalog der deutschen Kriegsziele zukommen lassen:

«1. Für beide Teile ehrenvoller Friede als Grundlage eines dauernden Freundschafts-Verhältnisses zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbar. Finanzielle Unterstützung Russlands bei seinem Wiederaufbau; enge wirtschaftliche und Handelsbeziehungen.

2. Nichteinmischung in Russlands innere Verhältnisse.

3. Freundschaftliche Verständigung über Polen, Litauen, Kurland unter Berücksichtigung der völkischen Eigenart, Sprache, Kultur und Religion ihrer Bewohner. Bei Regelung der Ostgrenze Polens, Rückgabe besetzten Gebietes an Russland, das seinerseits den Bundesgenossen Deutschlands besetzte Gebiete zurückgibt.

4. Keine Festsetzung Englands in Oesel, Dagö, Livland oder anderen Punkten Russlands.

5. Möglichst baldiger Austausch der Kriegsgefangenen. Abrechnung über die beiderseitigen Auslagen für ihren Unterhalt.

6. Austausch der Zivilgefangenen. Freie Rückkehr der vertriebenen Russen deutscher Abstammung.

7. Rechtsverhältnisse beiderseitiger Staatsangehöriger werden wiederhergestellt. Unverschuldete Verluste an Privatbesitz sind zu erstatten.

8. Wir und unsere Verbündeten sind jederzeit bereit, mit Russlands Bundesgenossen auf deren Wunsch in Verhandlungen einzutreten.

9. Um die Ausarbeitung der Friedensbedingungen im einzelnen zu ermöglichen sofortiger Waffenstillstand.

Wir werden keine Offensive unternehmen, solange gütliche Einigung mit Russland möglich erscheint»<sup>30</sup>.

Hoffmann erklärte dem deutschen Botschaftsrat gegenüber, diese Friedensbedingungen «in viel weniger detaillierter Form ... als allgemeinen

Eindruck seiner Konversationen» weiterleiten zu wollen, «um (den) Anschein (eines) Auftrags zu vermeiden»<sup>31</sup>. Sein am 3. Juni an die schweizerische Gesandtschaft in Petrograd gerichtetes Telegramm hatte folgenden Wortlaut: «Bundesrat Hoffmann ermächtigt Sie, Grimm folgende mündliche Mitteilungen zu machen. Es wird von Deutschland keine Offensive unternommen werden, solange mit Russland gütliche Einigung möglich scheint. Aus wiederholten Besprechungen mit prominenten Persönlichkeiten habe Überzeugung, dass Deutschland mit Russland beiderseits ehrenvollen Frieden anstrebt mit künftigen engen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und finanzieller Unterstützung für Wiederaufbau Russlands. Nichteinmischung in Russlands innere Verhältnisse, freundliche Verständigung über Polen, Litauen, Kurland unter Berücksichtigung ihrer Völkereigenart. Rückgabe besetzten Gebietes gegen Rückgabe von Russland besetzten Gebietes an Österreich. Bin überzeugt, dass Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Russlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden. Bezüglich der Kriegsziele nach dieser Seite verweise auf Kundgebung in ‹Norddeutscher Allgemeiner Zeitung›, worin grundsätzliche Übereinstimmung mit Asquith über die Frage der Annexionen behauptet wird, Deutschland wolle keine Gebietserweiterungen zum Zwecke der Vergrösserung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung. Abteilung Auswärtiges»<sup>32</sup>.

Ein Vergleich der beiden Texte ruft der Frage, ob Hoffmanns Änderungen an der deutschen Vorlage – über die Tendenz zur Verwischung der auf Berliner Informationsquellen hinweisenden Spuren hinaus – nicht auch vom Bestreben inspiriert gewesen sein mochten, den deutschen Friedensbedingungen zu einer günstigeren Aufnahme in Petrograd zu verhelfen und damit die Aussichten für das Zustandekommen eines deutsch-russischen Dialogs zu verbessern. Dokumentarisch lässt sich eine solche Absicht zwar nicht belegen, sie stünde aber durchaus im Einklang mit dem zur Genüge bezeugten Wunsch Hoffmanns, die Friedenschancen im Osten unter allen Umständen genutzt zu sehen<sup>33</sup>. Wenn seine Depesche auf die Wiedergabe der unter den Ziffern 4<sup>34</sup> bis 7 sowie 9 der Berliner Vorlage umrissenen Positionen in Einzelfragen verzichtet, so könnten die deutschen Friedensbedingungen in dieser Kurzfassung trotz – oder gerade wegen – ihres geringeren Aussagewertes für russische Augen attraktiver gewirkt haben als in der ausführlicheren Originalversion. Dies nicht zuletzt deshalb, weil durch die Weglassung der Worte «bei Regelung der Ostgrenze Polens» am Anfang des zweiten Satzes von Ziffer 3 der deutschen Vorlage die Vorstellungen Berlins über die Neugestaltung der territorialen Verhältnisse in Ostmitteleuropa verschleiert wurden. Denn in Hoffmanns amputiertem Text blieb unerwähnt, was der vollständige Wortlaut hatte erkennen lassen, dass

man nämlich deutscherseits die Ostgrenze Polens von vornherein als künftige Westgrenze Russlands betrachtete, während der Herrschaftsbereich des Zaren bekanntlich weite polnische Gebiete – das gesamte «Kongresspolen» – mit eingeschlossen hatte. Damit gestattete die deutsche Originalversion auch den Rückschluss, dass die anzustrebende «freundschaftliche Verständigung» über Polen und das Baltikum durchaus im Sinne einer «*pax germanica*» gedacht war, während Hoffmanns Fassung ein Verbleiben dieser Gebiete in der russischen Einflusssphäre nicht *a priori* ausschloss.

Fügte man dem das von Hoffmann unverändert aus der deutschen Vorlage übernommene Angebot finanzieller Wiederaufbauhilfe an Russland hinzu, so schien seine «gemilderte» Version der deutschen Friedensbedingungen jener Lösung eines «Friedens ohne Annexionen und Kontributionen» sehr weit entgegenzukommen, die zunächst der Arbeiter- und Soldatenrat proklamiert und später – nach ihrer Umbildung – auch die Provisorische Regierung sich zu eigen gemacht hatte<sup>35</sup>.

Weshalb löste die Bekanntgabe des Textes von Hoffmanns Telegramm in der russischen Öffentlichkeit nun aber gleichwohl eine mehrheitlich entrüstet ablehnende Reaktion aus? Bei der Beantwortung dieser Frage wird man sich daran zu erinnern haben, dass – nach Grimms eigener Feststellung – bei aller Stärke des Friedensbedürfnisses im damaligen Russland der Gedanke an einen *Separatfrieden* mit Deutschland doch weithin verpönt war<sup>36</sup>. Auf die Herbeiführung eines solchen schien – nach dem Wortlaut von Hoffmanns Depesche zu schliessen – die Aktion des Schweizer Aussenministers und seines «Emissärs» Grimm indessen eindeutig hinzuzielen – und wo ausser in Berlin konnte ein solcher Anschlag auf Russlands Bündnistreue ausgeheckt worden sein? Dass diese Auffassung in Petrograd nahezu unumstritten blieb, ist gewiss nicht verwunderlich, empfand man doch auch in den westlichen Ententeländern und selbst in weiten Kreisen der Schweiz nicht anders<sup>37</sup>. Um allfälligen Zweifeln an der Richtigkeit dieser Interpretation vorzubeugen, wurde bei der Veröffentlichung des Telegrammtextes in der Stockholmer Zeitung «Socialdemokraten» überdies das Wort «Verbündeten» nach «auf den Wunsch Russlands» weggelassen<sup>38</sup>. Aber auch ohne diesen entstellenden Eingriff wäre gegenüber Hoffmanns Telegramm der Einwand berechtigt gewesen, dass Grimm damit nur über die deutschen Friedensbedingungen unterrichtet worden sei, während er bekanntlich nach den Kriegszielen «der Regierungen» gefragt hatte<sup>39</sup>. Die Versicherung Hoffmanns, es sei ihm bei seinem Vorgehen um einen allgemeinen Frieden zu tun gewesen, wird durch diese Feststellung indessen kaum entkräftet: nach der von Grimm gegenüber Bundesrat Ador in der Untersuchung vertretenen Ansicht war es sogar «ganz selbstverständlich», dass Hoffmann «in erster Linie von den Kriegszielen sprechen musste, von

denen man in Russland selbst keine Kenntnis erhalten konnte, während die Orientierung über die Kriegsziele der Entente dort schon weniger Schwierigkeiten bereitete»<sup>40</sup>. Im übrigen zeugt auch der in der Berliner Vorlage nicht enthaltene Hinweis auf eine angebliche Annäherung der deutschen und britischen Standpunkte hinsichtlich der Friedensbedingungen für Hoffmanns Wunsch, die Aktion Grimm der Herbeiführung einer Waffenruhe in Ost *und* West dienstbar zu machen.

### *III. Die Entzifferung und Publikation von Hoffmanns Telegramm an Grimm*

Wie aber war es überhaupt möglich, dass ein chiffriertes Telegramm des schweizerischen Ausserministers an eine seiner Gesandtschaften<sup>41</sup> den Weg in die Presse eines Drittstaates finden konnte? Diese Frage hat sich bis heute nicht restlos klären lassen. Ihre Erörterung mag von der Feststellung ausgehen, dass Hoffmanns Verhalten bei der Beantwortung von Grimms telegraphischer Anfrage darauf schliessen lässt, er sei sich der Gefahr einer Indiskretion von allem Anfang an bewusst gewesen. Furcht vor mangelnder Verschwiegenheit innerhalb des Bundesrates, so führte er seinem Nachfolger gegenüber aus, habe ihn in diesem wie schon in früheren Fällen genötigt, ohne Verständigung seiner Regierungskollegen auf eigene Verantwortung zu handeln. Besonders mit Bundespräsident Schulthess habe er ohnehin nicht «sur un pied de très grande intimité» gestanden<sup>42</sup>. Man wird Bundesrat Ador indessen beipflichten müssen, wenn er Hoffmanns Darstellung, wonach dieser sein Telegramm an Grimm gewissermassen als Privatmann abgesandt habe, zurückweist: «Un télégramme chiffré commentant par ces mots: ‹Bundesrat Hoffmann ermächtigt Sie, ...› et signé ‹Politisches Departement› doit être considéré comme émanant du Chef du Département Politique en sa qualité»<sup>43</sup>.

Hoffmanns Erwähnung seines eher frostigen Verhältnisses zu Schulthess deutet im übrigen darauf hin, dass nicht allein fehlendes Vertrauen in die Diskretion der übrigen Regierungsmitglieder ihn davon abgehalten haben dürfte, diese von seinen Kontakten mit Grimm zu unterrichten. Zu verschwiegenem Alleingang mag ihn ausserdem die Befürchtung veranlasst haben, dass der andernfalls mit Sicherheit zu erwartende Einspruch zumindest einzelner seiner Bundesratskollegen ihm das weitere Zusammenwirken mit Grimm sehr erschwert, wenn nicht völlig verunmöglicht hätte. Bei früherer Gelegenheit, im Dezember 1916, war es ihm nur unter Brüskierung einer Minderheit des Regierungsgremiums gelungen, den Bundesrat zur Unterstützung des Friedensvermittlungsangebotes des amerikanischen Präsidenten zu bewegen: Obgleich der damalige Bundespräsident Decoppet und Bundesrat Schulthess geltend machten, eine derartige schweizerische

Stellungnahme drohe von den Ententemächten ungünstig aufgenommen zu werden, liess Hoffmann namens des Bundesrates in aller Eile eine Note an die Regierungen der kriegsführenden Staaten abgehen, worin die Schweiz sich mit dem Vorstoss Präsident Wilsons vorbehaltlos solidarisierte<sup>44</sup>. Ansehichts dieses Präzedenzfalles ist kaum daran zu zweifeln, dass der von Schulthess präsidierte Bundesrat des Jahres 1917 dem Aussenminister die Gefolgschaft bei seinem neutralitätspolitisch ungleich anfechtbareren Sukkurs für die Grimmsche Friedensexploration verweigert hätte.

Die Landesregierung war somit berechtigt, den Chef des Politischen Departementes nach dem Bekanntwerden seines Telegrammes an Grimm mit der Feststellung zu desavouieren, sie habe von seinem Schritt keine Kenntnis gehabt und hätte, wäre sie von Hoffmann begrüsst worden, ihn gebeten, diesen zu unterlassen<sup>45</sup>. Schulthess, der diese Erklärung am 19. Juni im Nationalrat abgab, gehörte – zusammen wiederum mit Decoppet sowie Motta – innerhalb des Bundesrates zu den Befürwortern eines sofortigen Rücktrittes des Aussenministers<sup>46</sup>. Vielenorts hielt man den Bundespräsidenten ausserdem für den Inspirator eines Leitartikels, in welchem der «Bund» gleichentags dieselbe Forderung erhob<sup>47</sup>. Während der Waadtländer Decoppet vor allem an der Eigenmächtigkeit der Hoffmannschen Geschäftsführung Anstoss nahm, dessen aussenpolitische Einstellung er überdies als germanophil empfunden haben muss<sup>48</sup>, war bei Schulthess' Ablehnung von Hoffmanns Friedensinitiativen wohl ein Gefühl persönlicher Rivalität im Spiel. Denn obschon beide Männer sich in ihrem Friedenswunsch zweifellos von der Sorge um das Schicksal des Landes leiten liessen, war für sie offenkundig auch die Aussicht auf das historische Verdienst des Friedensstifters nicht ohne Lockung. Im Zeitpunkt von Hoffmanns Demission galt es vielen Beobachtern als ausgemachte Tatsache, dass Schulthess die Leitung des verwaisten Politischen Departementes für sich selbst begehrte<sup>49</sup>. Das Eingeständnis dieser Aspiration aus Schulthess' eigenem Mund ist uns in der Berichterstattung des deutschen und des österreichischen Gesandten aus jenen Tagen überliefert. Ersterem gegenüber bemerkte er am 19. Juni, «dass unsere persönlichen Beziehungen ihm den schweren Entschluss zur Übernahme der politischen Geschäfte erleichtern würden»<sup>50</sup>, während letzterer am 23. Juni nach Wien zu berichten wusste, der Bundespräsident habe ihm erklärt, seine eigene Kandidatur auf die Leitung des Politischen Departementes sei «durch die Angriffe einiger hiesiger zentralmächte-freundlicher Blätter erschwert, die ihm vorwerfen, dass er ‹wohl aus eigennützigen Gründen› Hoffmann nicht gehalten habe»<sup>51</sup>. Schon während der Amtszeit Hoffmanns und noch vor dessen folgenschwerer Unterredung mit Grimm hatte sich übrigens auch Schulthess auf ein Experiment in persönlicher Geheimdiplomatie eingelassen, indem er, im März 1917, das

Zustandekommen eines offiziösen deutsch-französischen Gedankenaustauschs über die Kriegszielfrage aktiv förderte. Als Mittelsmann fungierte dabei sein Freund Dr. Walter Boveri, für den er durch den deutschen Geschäftsträger um eine Audienz beim Staatssekretär des Auswärtigen in Berlin nachsuchen liess. Es wirft ein weiteres bezeichnendes Licht auf das schwer gestörte Vertrauensverhältnis innerhalb der damaligen Regierungsequipe, dass Schulthess den deutschen Diplomaten dabei zur Verschwiegenheit gegenüber einem seiner eigenen Kollegen – und dazu noch dem für aussenpolitische Belange primär verantwortlichen Ressortchef – ermahnen zu müssen glaubte mit der Bemerkung «Bundesrat Hoffmann wisse von der Angelegenheit vorläufig nichts»<sup>52</sup>!

Die Art und Weise, wie Hoffmann bei der Abfassung seines Antworttelegramms an Grimm zu Werk ging, lässt darauf schliessen, dass er seinerseits seine Kontakte mit dem Berner Sozialdemokraten nicht nur gegenüber seinen Regierungskollegen verheimlichte, sondern den Kreis der Mitwisser auch innerhalb seines eigenen Departementes möglichst eng zu halten bestrebt war. Hierauf deutet schon der Umstand hin, dass er den Telegrammttext selbst redigierte, verschlüsseln und spedieren liess. Wohl nicht zufällig tat er dies am 3. Juni, einem Sonntag, an dem das Departement nur mit reduziertem Personalbestand arbeitete. Dies dürfte es ihm erleichtert haben, hinter dem Rücken auch desjenigen seiner Chefbeamten vorzugehen, der als zuständiger Abteilungsleiter einen selbstverständlichen Anspruch gehabt hätte, über den Inhalt einer Depesche, welche die Unterschrift «Abteilung Auswärtiges» trug, zumindest unterrichtet zu werden. Das sich darin äussernde Misstrauen des Departementschefs gegenüber seinem – nominell – engsten Mitarbeiter war wohl weitgehend dasjenige des St. Gallers Hoffmann gegenüber dem Genfer Dunant<sup>53</sup> und illustriert mithin drastisch die Tiefe jenes unseligen «Grabens», der während des Ersten Weltkriegs wesentliche Teile der beiden grössten schweizerischen Sprachgruppen voneinander schied. Trotz den von ihm angewandten Vorsichtsmassnahmen äusserte Hoffmann in der Untersuchung den Verdacht, der Telegrammttext könnte durch eine undichte Stelle im Bundeshaus zur Kenntnis Unbefugter gelangt sein<sup>54</sup>. Die Befragung der Beamten, die sich mit der Abfertigung der Depesche beschäftigt hatten, förderte zwar die merkwürdige Tatsache zutage, dass diese mit Zustimmung Hoffmanns vor ihrer Verschlüsselung vom Deutschen ins Französische übersetzt worden war, da die Gesandtschaft in Petrograd einen kurz zuvor eingeführten neuen Chiffreschlüssel erst für letztere Sprache besass. Hinweise darauf, dass das Telegramm von einem der im Politischen Departement an seiner Übersetzung, Chiffrierung oder Weiterbeförderung Beteiligten bereits in Bern einem Nachrichtendienst der Entente zugespielt worden wäre, ergaben sich indessen nicht<sup>55</sup>.

Damit gewann die Annahme an Wahrscheinlichkeit, dass der Ursprungsort der folgenschweren Indiskretion in der schweizerischen Gesandtschaft in Petrograd zu suchen sei. Dies will indessen nicht besagen, dass die italo-russische Kommunistin Angelica Balabanoff, die Grimm von Zimmerwald her kannte und der er in Petrograd mehrfach wieder begegnet war, mit der in ihren Memoiren geäusserten Vermutung recht hatte, wonach «der frankophile Odier viel dazu beigetragen haben mag, den ‹schlauen› Grimm zum Opfer der Ententeintrigen zu machen»<sup>56</sup>. Dem schweizerischen Missionschef in Petrograd ist guter Glaube vielmehr zuzubilligen, wenn er, den man zur Berichterstattung und Einvernahme nach Bern zurückbeordert hatte, in der Untersuchung zu Protokoll gab, es scheine ihm völlig unmöglich, dass der Chiffreschlüssel oder das bereits entzifferte Telegramm aus der Gesandtschaft entwendet worden seien, da diese Dokumente sich unter Verschluss befunden hätten und niemand sie habe einsehen können<sup>57</sup>. Mit einer Skepsis, die sich hinterher als vollauf berechtigt erweisen sollte, stellte Bundesrat Ador demgegenüber fest: «Le chiffre et le télégramme transcrit en clair peuvent très bien avoir été soustraits à la Légation – soit par l'employé de chancellerie qui est un Russe, soit par un agent du Gouvernement»<sup>58</sup>.

In ähnliche Richtung zielte der Verdacht, den Robert Grimm vor einer Untersuchungskommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz aussprach, die er aufgrund «ganz bestimmter Indizien» versichern zu können glaubte, die Depesche und der Chiffreschlüssel müssten von der Gesandtschaft in Petrograd «ausgeliefert» worden sein. Einen mutmasslichen Täter wusste er indessen nicht namhaft zu machen und räumte ein, nicht über zureichendes Beweismaterial zu verfügen, um öffentlich konkrete Anschuldigungen erheben zu können<sup>59</sup>. In seiner für die amtliche Untersuchung verfassten schriftlichen Stellungnahme begnügte er sich im wesentlichen denn auch mit der Bemerkung, «dass die Dechiffrierung der Depesche nur möglich war, weil die Agenten der Entente im Besitz des Chiffre-Schlüssels sind»<sup>60</sup>. Er sah sich als das Opfer von Machinationen der Entente-Diplomatie und nannte in diesem Zusammenhang auch den Namen des Mannes, der zwölf Jahre später selbst bekennen sollte, in der Telegraffäre eine entscheidende Rolle gespielt zu haben: «Der französische Minister Albert Thomas, der einige Monate in Russland weilte und zurückkehrte, als die Affäre gemanagert (sic) war, hat nach einem ... Interview mit dem Kopenhagener ‹Politiken› auf die Frage, ob er an die Möglichkeit einer russischen Offensive glaube, folgende Antwort erteilt: ‹Ja, daran glaube ich. Die Friedensaktion der Zimmerwalder, die bis in die vordersten Schützengräben reichte, hat kein Glück. Durch Grimms Ausweisung hat sie den Todesstoss erhalten›»<sup>61</sup>.

Albert Thomas, damals Rüstungsminister und Sonderemissär der französischen Regierung im revolutionären Russland, hatte längst die Leitung des (weitgehend auf seine Initiative ins Leben gerufenen) Internationalen Arbeitsamtes in Genf übernommen, als er einem hochgestellten schweizerischen Gesprächspartner gegenüber unumwunden zugab, für die Veröffentlichung von Hoffmanns Telegramm verantwortlich zu sein<sup>62</sup>. Der Portier der schweizerischen Gesandtschaft, ein Georgier, der als Agent in seinen Diensten stand, habe sich beim Eintreffen der Depesche allein im Gebäude befunden und ihm deren Text noch in chiffriertem Zustand ausgehändigt. Mit Hilfe eines Chiffreschlüssels, den er bereits aus Paris mitgebracht habe<sup>63</sup>, sei es ihm möglich gewesen, das Telegramm zu entziffern. Daraufhin habe er es an den schwedischen Sozialistenführer Branting in Stockholm weitergeleitet, der dann für seine Veröffentlichung in «Socialdemokraten» besorgt gewesen sei<sup>64</sup>.

#### *IV. Hoffmanns Motive – Zwischen Neutralitätspolitik und Gleichgewichtsstreben*

Es liegt nahe, den Umstand, dass Hoffmann schon drei Tage nach der Telegrammpublikation aus dem Amt schied, die Tatsache ferner, dass er im Zeitpunkt seiner Demission wie auch später auf jeden öffentlichen Rechtfertigungsversuch verzichtete, als ein stillschweigendes Schuldbekenntnis des ehemaligen Aussenministers zu interpretieren. Seine Stellungnahme im Untersuchungsverfahren erweist diese Deutung indessen als irrig: Hoffmann präsentiert sich hier durchaus nicht in der Haltung des reuigen Sünder und nimmt demzufolge auch die mildernden Umstände keineswegs für sich in Anspruch, die wohlmeinende Beobachter ihm zuzubilligen bereit waren, indem sie sein Verhalten in der Telegrammaffäre als Impulshandlung zu erklären oder auf «Ermüdungserscheinungen eines Überarbeiteten» zurückzuführen suchten<sup>65</sup>. Hoffmann führt seine Verteidigung auf zwei Ebenen. In der Darstellung des Handlungsablaufs zeigt er sich – wie wir bereits feststellen konnten – darauf bedacht, die neutralitätspolitisch anfechtbarsten seiner Schritte zu vertuschen oder doch in ihrer Tragweite möglichst zu verharmlosen: kein zum voraus vereinbartes Zusammenwirken mit Grimm, keine Unterstützung von dessen Visumgesuch gegenüber Baron Romberg, Erkundigung bei der deutschen Gesandtschaft nur nach geringfügigen Einzelheiten bezüglich der Kriegsziele des Reichs.

Zum andern aber bemüht er sich, die Legitimität der Motive seines Handelns hervorzuheben, indem er darlegt, dass dieses ganz dem Landesinteresse *und* der Sache des Friedens verpflichtet gewesen sei. Die beiden

Anliegen sind voneinander nicht zu trennen: der Krieg zieht auch die Neutralen aufs schwerste in Mitleidenschaft und hat damit eine «schweizerische Not nach Frieden» heraufbeschworen; ihr gegenüber kann das Land ein «Recht auf Frieden» geltend machen, und der Neutrale verteidigt, wenn er dessen Verwirklichung erstrebt, seinen eigenen bedrohten Lebensanspruch<sup>66</sup>. Dem Vorwurf, sich bei seinem missglückten Friedensvorstoss in den Mitteln vergriffen und der neutralitätswidrigen einseitigen Begünstigung der einen Kriegspartei schuldig gemacht zu haben, sucht Hoffmann mit dem Hinweis darauf zuvorzukommen, dass Vermittlungsangebote oder andere offizielle Démarchen «von der einen Seite» – gemeint sind die Ententemächte – «rundweg von der Hand gewiesen» worden wären. Die Opportunität seines Schrittes werde von denjenigen verneint, «welche einen Friedensschluss im jetzigen Zeitpunkt überhaupt als inopportun betrachten, weil ihnen das voraussichtliche Ergebnis unter den gegebenen Verhältnissen unternommener Friedensverhandlungen nicht gefällt. Man ist sich offenbar der petitio principii gar nicht bewusst, wenn man die Friedensbemühungen deshalb verurteilt, weil sie nur zu einem der Entente ungünstigen Frieden, zu einem «Ausgleichsfrieden», nicht zu einem «Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit» führen können. Eine solche Argumentation setzt eine bestimmte Parteinahme voraus; die Umschreibung dessen, was man durch den Frieden für die eine und gegen die andere Mächtengruppe erreichen möchte, ist der Ausgangspunkt der ganzen Überlegung»<sup>67</sup>. Für Hoffmann ist damit nicht nur die Haltlosigkeit der wegen neutralitätswidriger Handlungsweise gegen ihn erhobenen Anschuldigungen erwiesen – indem er diese Vorwürfe als Eingebungen ententefreundlicher Voreingenommenheit entlarven zu können glaubt, lässt er sie in scharfgezieltem Gegenschlag auf ihre Urheber zurückfallen.

Obschon er versichert, für den allgemeinen Frieden, den «Frieden schlechthin» gearbeitet zu haben, «ohne Rücksicht auf Vorteile und Interessen der einen und andern Staatengruppe»<sup>68</sup>, verhehlt Hoffmann im übrigen nicht, dass er sogar in Bemühungen zugunsten eines Separatfriedens keine Neutralitätswidrigkeit zu erblicken vermöchte; das den neutralen Staaten zustehende «Recht auf Frieden» legitimiert für ihn auch derartige Initiativen<sup>69</sup>. Natürlich steckt in dieser Apologie der Separatfriedensaktion ein gutes Stück Selbstrechtfertigung, hatte doch die Möglichkeit eines deutsch-russischen Sonderfriedens in Hoffmanns und Grimms Vorstellungen über die wünschenswerte weitere Entwicklung der politisch-militärischen Lage durchaus ihren Platz. Wie aus seinem am 26. Mai an Hoffmann gerichteten Schreiben hervorgeht<sup>70</sup>, hoffte Grimm, dass die russische provisorische Regierung ihre westlichen Verbündeten durch die Drohung mit dem Separatfrieden im Osten zum Einlenken auf allgemeine Waffenstillstands-

oder Friedensverhandlungen zu zwingen vermöchte. Er schätzte die Friedensbereitschaft der Westmächte damit höher ein als der Chef des Politischen Departementes, für den es von vornherein feststand, dass Frankreich und England eine russische Friedensinitiative ablehnen würden. Wenn er einen derartigen Vorstoss dennoch befürwortete, ja ihn durch die Übermittlung von Informationen betreffend die deutschen Kriegsziele sogar zu fördern bereit war, so tat er dies in der Hoffnung, es Russland auf diese Weise zu erleichtern, aus der Allianz auszuscheren, ohne die moralische Verantwortung für den Bündnisbruch allein übernehmen zu müssen. Äusserungen, die Hoffmann Mitte Mai, also vor dem Eintreffen von Grimms Telegramm, dem damals in Bern weilenden deutschen Sozialdemokraten Dr. Adolf Müller wie auch Baron Romberg gegenüber tat, geben seine Beurteilung der russischen Situation mit aller wünschenswerten Klarheit wieder. So konnte der deutsche Gesandte am 15. Mai nach Berlin telegraphieren: «Bundesrat Hoffmann bestätigte mir die von Dr. Müller berichtete Auffassung, wonach Sonderfriedensverhandlungen mit Russland zunächst aussichtslos sein würden. Dagegen würden Russen, sobald sie darüber sicher sind, dass wir auf Annexionen und Entschädigungen verzichteten, ihre Bundesgenossen drängen, auf gleicher Basis Frieden zu schliessen. Nach mit absoluter Sicherheit zu erwartender Ablehnung seitens Bundesgenossen würden Russen sich für Sonderfriedensverhandlungen frei betrachten»<sup>71</sup>.

Hoffmanns wiederholte Versicherung, keinen Separatfrieden im Osten angestrebt zu haben, trifft somit insofern zu, als er gewiss nicht den Endzweck seiner Bemühungen darin sah, einen solchen herbeizuführen. Schon das von ihm als Richtschnur in Anspruch genommene schweizerische Landesinteresse gebot ja offenkundig eine möglichst baldige Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse vor allem in West- und Südeuropa. Aber die militärisch-politische Lage des Frühjahrs 1917 eröffnete die nach Hoffmanns Ansicht keinesfalls zu versäumende Gelegenheit, über die Vorstufe einer Waffenruhe im Osten zum Gesamtfrieden zu gelangen. Ob es zwischen den Zentralmächten und Russland zu einem formell vereinbarten Sonderfrieden kommen würde, war dabei von untergeordneter Bedeutung, stand für ihn doch fest, «dass die sozialistisch-anarchistische Bewegung und die blosse Tatsache einer energischen Friedensbewegung die militärische Leistungsfähigkeit des russischen Heeres wesentlich vermindern, seine Offensivkraft lähmen und seine Disciplin zermürben werden. Damit fällt aber ein wesentlicher Faktor der militärischen Macht der Entente dahin und dadurch wird, ob man will oder nicht, dem allgemeinen Frieden auch dann vorgearbeitet, wenn die Bestrebungen für einen russischen Separatfrieden scheitern. Sollte aber gar ein russischer Separatfrieden zu Stande kommen, so wäre die Türe für weitere Friedensverhandlungen weit geöffnet. Italien

müsste solche ohne weiteres eröffnen, wollte es nicht riskieren, sich die gesamte österreichisch-ungarische Wehrmacht auf den Hals zu laden. Und Frankreich hätte meines Erachtens ebenfalls hohes Interesse, sich mit Deutschland zu verständigen, denn die Belastung der Westfront mit den gesamten deutschen Kräften wäre übermäßig. Wir Schweizer endlich hätten das höchste Interesse, dann zu Gunsten Frankreichs uns für einen Frieden einzusetzen, denn unser Bestreben muss es doch sein, zu verhüten, dass Frankreich durch ein übermässiges Deutschland erdrückt werde. So komme ich zum Ergebnis, dass, falls die englisch-französische Offensive abermals versumpfen sollte und falls die russischen Verhältnisse sich in der Richtung pazifistischen Übergewichtes entwickeln sollten, dann der psychologische Augenblick gekommen sein dürfte, um Frankreich eine Andeutung zu machen, wir würden uns glücklich schätzen, wenn wir in seinem Interesse uns für eine friedliche Beilegung verwenden könnten»<sup>72</sup>.

Es verdient hervorgehoben zu werden, dass Hoffmann diese Überlegungen nicht erst zu seiner nachträglichen Rechtfertigung vorbrachte, sondern dem schweizerischen Gesandten in Paris, Lardy, in einem Schreiben anvertraute, das er am 19. April, also wenige Tage nach seiner Unterredung mit Grimm, verfasst hatte. Der Zeitpunkt der Niederschrift der zitierten Darlegungen bezeugt, dass Hoffmann keine Rationalisierung seiner Motive *a posteriori* vornahm, wenn er im Untersuchungsverfahren betonte, er habe sich von der Auffassung leiten lassen, «qu'il est dans l'intérêt de la Suisse que la paix soit conclue avant que soit la France, soit l'Allemagne ne soient définitivement battues...»<sup>73</sup>. Dass er damit bewusst im Sinne eines auf die Schweiz bezogenen «balance of power»-Konzepts handelte, erweist vollends sein Memorandum vom 5. Juli 1917, wo er hervorhebt, er habe den Frieden gewollt, «weil ich von jeher für unser Land als das Wünschbare erachtet habe, dass weder der eine noch der andere der kriegsführenden Teile zu Boden gedrückt werde, weil ich insbesondere in einem gewissen *Gleichgewicht* und in einem erträglichen Nebeneinanderleben Frankreichs und Deutschlands das wahre Interesse der Schweiz erblicke»<sup>74</sup>. Indem er unterstreicht, welch lebenswichtige Bedeutung für die Schweiz eine ausgewogene Machtverteilung unter ihren grossen Nachbarn besitzt, greift Hoffmann ein Motiv auf, das sich im aussenpolitischen Denken des Landes über gelegentliche Äusserungen von Politikern und Publizisten des 19. Jahrhunderts – so insbesondere eines Anton Philipp von Segesser – auf Johannes von Müller und bis auf die Flugschriftenliteratur des 17. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt<sup>75</sup>. Von dieser geistigen Ahnenreihe hebt Hoffmann sich allerdings insofern ab, als er es nicht bei der blossen Feststellung des schweizerischen Interesses am Vorwalten ausgeglichener Machtverhältnisse in Europa bewenden lässt, sondern daraus

für die Schweiz gleich auch die Berechtigung ableitet, notfalls regulierend in die europäische Kräftekonstellation einzugreifen.

Hoffmann unternahm nun aber seinen Versuch, von der Schweiz aus und für die Schweiz aktive Gleichgewichtspolitik zu betreiben, anscheinend ohne sich zuvor um eine Klärung der beiden Fragen bemüht zu haben, von denen die Möglichkeit einer Verwirklichung dieses Vorhabens überhaupt abhing: ob nämlich, erstens, die Schweiz als Kleinstaat mit beschränkten Machtmitteln die Voraussetzungen für die Übernahme einer solchen Rolle rein materiell erfüllte, und ob sie, zweitens, als dauernd neutraler Staat in der Lage war, die Funktion eines Regulators des europäischen Kräfteverhältnisses auch nur in einem Einzelfall auszuüben, ohne dadurch in Konflikt mit ihrer säkularen aussenpolitischen Verhaltensnorm zu geraten. Wenn Hoffmann sich nicht bei Bedenken dieser Art aufhielt, so deutet das darauf hin, dass er sich kaum volle Rechenschaft darüber ablegte, mit seinem Vorstoss in den Bereich aktiver Gleichgewichtspolitik eine Sphäre zu betreten, die andern Gesetzen gehorcht als jenen der von der Neutralitätsmaxime beherrschten traditionellen schweizerischen Aussenpolitik. Liegt dieser eine Absage an den Gebrauch von Macht als Mittel zur Realisierung politischer Ziele zugrunde (ausser, in Notwehr, jenem der nationalen Selbstbehauptung), so erstrebt Gleichgewichtspolitik das, was der englische Begriff klarer zum Ausdruck bringt als sein deutsches Äquivalent: *balance of power*. Wer glaubhaft aktive Gleichgewichtspolitik zu praktizieren, das heisst die Machtrelationen zwischen andern Staaten mitzugestalten beabsichtigt, muss gewillt und in der Lage sein, nötigenfalls das Gewicht nennenswerter eigener Machtmittel in die eine oder andere Waagschale zu werfen. Dass solche gleichgewichtspolitisch motivierte Bereitschaft zur Teilnahme und zum Machteinatz aber mit neutraler Politik unvereinbar ist, ja auf eine vollständige Negierung des Neutralitätsgedankens hinausläuft, liegt auf der Hand.

Auf die konkreten Gegebenheiten des Falles Hoffmann-Grimm angewandt, besagen diese Feststellungen, dass der schweizerische Aussenminister, hätte er die Auswirkungen seines ersten Eingriffs in das europäische Kräfteverhältnis – Schwächung der Entente durch Förderung der Kampfeinstellung im Osten – auf gleichgewichtspolitisch relevante Weise kompensieren wollen, sich nicht mit dem Vorsatz hätte begnügen dürfen, die deutsche Führung durch gutes Zureden zur Konzilianz gegenüber Frankreich zu bewegen. Die Aussichten, dass der «Vorschlag zur Güte», mit dem Hoffmann an Berlin heranzutreten gedachte, dort positive Aufnahme hätte finden können, waren schon deshalb sehr gering, weil dieser ja zu einem Zeitpunkt vorgebracht werden sollte, wo sich die militärische Lage – eben infolge der Entwicklung in Russland – entscheidend zugunsten Deutsch-

lands gewandelt haben würde. Anzunehmen, dass eine auf der Höhe militärischer Überlegenheit und damit in Sichtweite eines «Siegfriedens» stehende Grossmacht sich durch verbale Vorstellungen eines neutralen Kleinstaates zu einem auch nur teilweisen Verzicht auf die Früchte ihres kriegerischen Erfolges hätte bewegen lassen, zeugte von erstaunlicher Naivität. Unter den von Hoffmann prognostizierten Umständen hätte wohl nicht einmal das massivste, der Schweiz theoretisch zu Gebot stehende Druckmittel – die Drohung mit einem Kriegseintritt auf Seiten der Ententemächte – genügt, um in Berlin die gewünschte Verständigungsbereitschaft zu erzwingen<sup>76</sup>. Wenn Hoffmann statt dessen lediglich ein schweizerisches Plädoyer zugunsten milder Friedensbedingungen für Frankreich vorsah, so äusserte sich zwar in diesem Verharren auf dem sicheren Boden traditioneller Neutralitätspraxis die Besonnenheit und das staatsmännische Verantwortungsbewusstsein des schweizerischen Aussenministers. Die Beschränkung auf das bewährte, neutralitätspolitisch approbierte Instrumentarium der «guten Dienste» bedeutete aber auch den Verzicht auf eine gleichgewichtspolitisch wirksame Beeinflussung der europäischen Machtverhältnisse und legt die den Intentionen Hoffmanns von ihren ungeklärten gedanklichen Voraussetzungen her innewohnende Unbestimmtheit bloss, die letztlich auf der Inkompatibilität von Neutralitätspolitik und aktiver Gleichgewichtspolitik beruht.

Ohne Hoffmanns Handlungsweise – nach der simplistischen Manier mancher seiner zeitgenössischen Kritiker – nur aus germanophiler Voreingenommenheit erklären zu wollen, kommt man nicht um die Feststellung herum, dass er seinen gleichgewichtspolitischen Gestaltungswillen an jenem Punkt preisgibt, wo dieser sich gegen die Zentralmächte hätte wenden müssen. Zweifel an der Ausgewogenheit seiner gleichgewichtspolitischen Optik konnte übrigens schon seine Unterstützung des Grimmschen Friedensvorstosses erwecken: Wenn, wie Hoffmann in seinem Brief an Lardy voraussagen zu können glaubte, eine Waffenruhe in Russland das Kräfteverhältnis so sehr zugunsten der Zentralmächte verschieben würde, dass Deutschland und Österreich sich in die Lage versetzt sähen, an den verbleibenden Fronten mit kriegsentscheidender Überlegenheit die Offensive zu ergreifen, so bestand für einen Befürworter ausgewogener Machtverhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich eigentlich kein Grund, dieser Entwicklung durch die Förderung von Friedensbemühungen im Osten noch Vorschub zu leisten<sup>77</sup>. Der Versuch, Hoffmann als das Opfer seines Glaubens an eine von der neutralen Schweiz aus ebenso dringend erwünschte wie schwierig zu verwirklichende europäische Gleichgewichtsordnung zu verstehen und – teilweise – zu rehabilitieren, endet somit in einer Sackgasse: er hat sich zwar mehrfach zu einer gleichgewichtspolitischen Ziel-

setzung bekannt, den Weg zu ihrer Realisierung aber weder gedanklich klar definiert, noch in seinem Handeln konsequent verfolgt. Ob ein ins einzelne gehendes Modell einer erstrebenswerten europäischen Friedensordnung in seiner Vorstellung existierte, wissen wir nicht. Aus der allgemeinen Kenntnis seiner Gedankenwelt möchte man schliessen, dass der ihm als deutsch-französisches «Gleichgewicht» vorschwebende Zustand wohl ebensogut als gemässigte Variante einer «pax germanica» hätte verstanden werden können, die dem Deutschen Reich eine nach Osten hin stark erweiterte Einflusssphäre verschafft, die territoriale Integrität Frankreichs innerhalb seiner Vorkriegsgrenzen aber respektiert haben würde.

Gewiss ist weder an Hoffmanns Patriotismus noch an der Stärke und Aufrichtigkeit seines Friedenswunsches zu zweifeln – ebensowenig aber an der Intensität seines Trachtens nach dem historischen Verdienst des Friedensstifters. Das Vorherrschen dieser ausgeprägt persönlichen Ambition trägt dazu bei, dass Hoffmann im Scheitern nicht zu tragischer Grösse emporwächst. Seine Äusserungen im Untersuchungsverfahren sind über weite Strecken von einem ins Defensive gekehrten Ehrgeiz dominiert, einem Streben nach persönlicher Ehrenrettung selbst um den Preis der Wahrheit. Dem Mann, der gehofft hatte, als Friedensbringer in die Geschichte einzugehen, bleibt das – durchaus ungewollte – Verdienst, durch seinen Sturz zur Klärung des schweizerischen Neutralitätsbewusstseins und zu einer realistischeren Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen schweizerischer Aussenpolitik beigetragen zu haben. Die Gefahr, dass die Lehren aus dem Fall Hoffmann/Grimm von den Lenkern dieser Aussenpolitik nur allzu gründlich beherzigt würden, und dass die Erinnerung an die Geschehnisse des Frühsommers 1917 sich im Sinne einer traumatischen Erfahrung lähmend auf die aussenpolitische Bewegungsfreiheit des Landes auswirken könnte, darf heute als überwunden gelten.

<sup>1</sup>Dokumente zur Affäre Hoffmann/Grimm vermitteln: W. Hahlweg, Lenins Rückkehr nach Russland 1917, Leiden 1957. H. R. Kurz, Dokumente der Grenzbesetzung 1914–1918, Frauenfeld 1970. A. Scherer et J. Grunewald, L’Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale, tome II, Paris 1966. An neueren Darstellungen, in denen die Behandlung unseres Themas mehr oder weniger breiten Raum einnimmt, sind zu nennen: E. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Band II, Basel 1965. H. Böschenstein, Bundesrat Schulthess, Krieg

und Krisen, Bern 1966. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, 3. Aufl., Düsseldorf 1964. L. Haas, Carl Vital Moor, Ein Leben für Marx und Lenin, Einsiedeln 1970. P. Schmid-Ammann, Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918, Zürich 1968. Die ältere Literatur umfasst u. a.: F. Barbey, Un homme d'état suisse, Gustave Ador, Genève 1945. G. Bovet, Chemin faisant, Trente ans de souvenirs, Genève 1945. J. R. von Salis, Giuseppe Motta, Dreissig Jahre eidgenössischer Politik, Zürich 1941. E. Scherrer, Arthur

Hoffmann, 1857–1927, Zürich 1929. G. Wagnière, *La Suisse et la Grande Guerre*, Notes et souvenirs, Lausanne 1938. –<sup>2</sup>Bonjour, Neutralität II, S. 622f. –<sup>3</sup>Kurz, Grenzbesetzung, S. 213; Scherrer, A. Hoffmann, S. 44. –<sup>4</sup>Bovet, *Chemin faisant*, S. 163ff., Böschenstein, BR Schulthess, S. 90ff., von Salis, G. Motta, S. 131ff. –<sup>5</sup>Hahlweg, Lenins Rückkehr, S. 65f.; Scherer/Grunewald, *L'Allemagne et les problèmes de la paix*, S. 72; Bonjour, a. a. O., S. 613f.; Kurz, a. a. O., S. 202ff.; E. Kux, Lenins Reise von Zürich nach Petersburg, *Neue Zürcher Zeitung*, Fernausgabe Nr. 98 vom 11. April 1967. –<sup>6</sup>Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 72; Kurz, a. a. O., S. 203. –<sup>7</sup>Brief an Ador vom 15. Juli 1917; Bundesarchiv. –<sup>8</sup>Brief an den Stockholmer Bürgermeister Karl Lindhagen, zuhanden des Untersuchungsausschusses der Internationalen Sozialistischen Kommission –<sup>9</sup>Veröffentlicht in der Wochenzeitung «Der öffentliche Dienst», Nr. 17 vom 27. April 1956. –<sup>10</sup>Siehe vorstehende Anmerkung. Vgl. auch Schmid-Ammann, Generalstreik, S. 77f. –<sup>11</sup>Memo randum für Ador vom 5. Juli 1917; Bundesarchiv. –<sup>12</sup>Wiedergegeben bei Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 101ff.; Kurz, a. a. O., S. 209f. –<sup>13</sup>Siehe vorstehende Anmerkung. –<sup>14</sup>Siehe Anmerkung 12. In einem am 16. April nach Berlin gerichteten Telegramm, dem offenbar eine weitere Unterredung mit dem Chef des Politischen Departementes vorausgegangen war, hebt Romberg die Förderungswürdigkeit von Grimms Reiseplänen überdies mit der Bemerkung hervor: «Grimm ist bei Hoffmann ausdrücklich für Sonderfrieden mit Russland eingetreten». (Hahlweg, a. a. O., S. 55f.; Kurz, a. a. O., S. 210f.) Die Notwendigkeit zu solcher Fürsprache des deutschen Gesandten ergab sich daraus, dass das Berliner Auswärtige Amt, durch die sozialdemokratischen Führer Scheidemann und Ebert vor Grimm gewarnt, der «ausgesprochen ententefreundlich» sei, den bereits erteilten Auftrag, diesem die Durchreisebewilligung zu gewähren, wieder rückgängig zu machen suchte (Hahlweg, a. a. O.,

S. 55; Kurz, a. a. O., S. 210). Da dieser Widerruf zu spät kam – Grimm hatte sein Visum inzwischen bereits erhalten –, blieb er ohne praktische Auswirkung. Er widerlegt indessen mit aller Deutlichkeit den immer wieder geäusserten Verdacht, dass die «Mission Grimm» von Berlin aus inspiriert gewesen sei und ihr Träger sich somit – bewusst oder unbewusst – als Agent Deutschlands habe missbrauchen lassen (diese Ansicht vertritt z. B. noch Schmid-Ammann, a. a. O., S. 78). –<sup>15</sup>Siehe Anmerkung 12. Die USA hatten Deutschland am 6. April 1917 den Krieg erklärt. –<sup>16</sup>Siehe Anmerkung 11. –<sup>17</sup>VIII. Neutralitätsbericht des Bundesrates an die Eidg. Räte vom 10. September 1917. –<sup>18</sup>Note relative aux rapports de la Légation de Suisse à Petrograd avec Robert Grimm, Cologny, 15. Juli 1917; Bundesarchiv. –<sup>19</sup>Note complémentaire (zu den Protokollen der Einvernahmen Hoffmanns, Odiers und Grimms), Bern, 9. August 1917; Bundesarchiv. –<sup>20</sup>Wiedergegeben bei Kurz, a. a. O., S. 211; Scherrer, a. a. O., S. 43. –<sup>21</sup>Es handelt sich um die durch den Eintritt von Vertretern des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates am 18. Mai 1917 zur «ersten Koalition» erweiterte Provisorische Regierung, in der Kerenskij durch die Übernahme des Kriegs- und Marineministeriums zur Schlüsselfigur aufrückte, deren Vorsitz jedoch weiterhin Fürst Lwow beibehielt, der das Amt des Ministerpräsidenten seit der Abdankung des Zaren im März innehatte. –<sup>22</sup>Damit meint Grimm vermutlich die in seinem Telegramm als «Verhandlungen» bezeichneten Kontakte zwischen Russen und Westalliierten über die Fortsetzung des Krieges. –<sup>23</sup>Siehe Anmerkung 11. Ein weiteres Mal hat Grimm dieselbe Situation in seinem bereits weiter oben zitierten Memoirenfragment geschildert; siehe Anmerkung 9. –<sup>24</sup>Siehe Anmerkung 11. Bonjour, a. a. O., S. 630, bezieht «Verfasser dieses Briefes» irrtümlich auf Hoffmann. –<sup>25</sup>Siehe oben S. 6f.. –<sup>26</sup>Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 216f. –<sup>27</sup>Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 221f. –<sup>28</sup>Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 222. –<sup>29</sup>Siehe

Anmerkung 11; eine teilweise Wiedergabe des hier besprochenen Teils von Hoffmanns Memorandum für Ador bei Bonjour, a. a. O., S. 619f. – <sup>30</sup>Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 222f. – <sup>31</sup>Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 222 Anm. 2. – <sup>32</sup>Kurz, a. a. O., S. 212; Scherrer, a. a. O., S. 43f. – <sup>33</sup>Vgl. die oben (S. 7) zitierte Bezugnahme Rombergs auf entsprechende Äusserungen Hoffmanns und Schulthess' in seiner Depesche vom 14. April. Am 8. Mai übermittelte sodann auch der österreichische Gesandte in Bern, Musulin, seinem Ausserministerium die gesprächsweise vorgebrachte Anregung Hoffmanns, Wien seinerseits möge die Russen über seine Friedensbedingungen unterrichten; siehe hiezu L. Haas, Carl Vital Moor, S. 168; Vgl. unten Anmerkung 71. Aus einer weiteren Depesche des deutschen Gesandten vom 15. Mai ergibt sich überdies, dass Hoffmann mit einer analogen Aufforderung abermals an ihn, Romberg, und an den deutschen Sozialdemokraten Dr. Adolf Müller herangetreten ist, wobei der Eindruck entsteht, der Chef des Politischen Departementes habe nunmehr einen uneingeschränkten Verzicht auf Annexions- und Entschädigungsfordernungen deutscherseits befürwortet, während er und Schulthess einen Monat zuvor noch darauf hingewiesen hatten, Deutschland könne sich durch die Schaffung autonomer Grenzländer schadlos halten; Hahlweg, a. a. O., S. 60; Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 503. Siehe auch unten S. 21. – <sup>34</sup>Die Weglassung von Ziffer 4, in der England namentlich erwähnt wurde, war wohl vor allem auf neutralitätspolitische Rücksichten zurückzuführen. – <sup>35</sup>Die einschlägigen russischen Verlautbarungen zur Friedensfrage finden sich in deutscher Übersetzung bei M. Hellmann, Die russische Revolution 1917, München 1964, S. 200f., 207, 210. – <sup>36</sup>Ihren offiziellen Ausdruck hatte die Ablehnung des Separatfriedensgedankens eben erst in der programmatischen Erklärung der umgebildeten provisorischen Regierung vom 18. Mai gefunden, in der es u. a. hiess: «In der Aussenpolitik lehnt die Provisorische Re-

gierung in Übereinstimmung mit allen Völkern jeden Gedanken eines Separatfriedens ab; sie strebt in aller Offenheit nach möglichst schneller Herstellung eines allgemeinen Friedens, der weder die Herrschaft über andere Völker noch die Wegnahme nationalen Erbes, noch die gewaltsame Annexion fremden Territoriums herbeiführen soll, d. h. nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker». M. Hellmann, Die russische Revolution 1917, S. 210. – <sup>37</sup>Als ein für die zeitgenössische Deutung der Episode Hoffmann/Grimm typisches Zeugnis sei hier nur der vom 21. Juni datierte Tagebucheintrag des in Petrograd stationierten französischen Botschaftssekretärs Louis de Robien wiedergegeben, der die Veröffentlichung von Hoffmanns Telegramm wie folgt kommentierte: «Ce document montre que l'Allemagne a cherché par l'intermédiaire du gouvernement suisse et du socialiste Grimm à entamer des pourparlers avec la Russie. Le gouvernement russe a fait expulser Grimm.» Klar-sicht legte der französische Diplomat an den Tag, wenn er dem Vorfall zukunftsweisende Bedeutung beimaß: «... si cette première tentative a échoué, une autre réussira. Il serait fou de ne pas voir que la Russie veut la paix. Jamais l'armée ne consentira à faire une nouvelle campagne d'hiver.» L. de Robien, Journal d'un diplomate en Russie, Paris 1967. – <sup>38</sup>Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie, hatte Hoffmann den betreffenden Satz doch nahezu wörtlich aus der Depesche des deutschen Auswärtigen Amtes übernommen. – <sup>39</sup>Vgl. Fischer, a. a. O., S. 505. – <sup>40</sup>Brief Grimms an Ador vom 15. Juli 1917; Bundesarchiv. – <sup>41</sup>Entgegen der in der Sekundärliteratur bis in die jüngste Zeit immer wieder geäusserten Behauptung, der Telegrammwechsel Hoffmann/Grimm sei in beiden Richtungen entziffert und veröffentlicht worden, ist festzuhalten, dass dies nur für Hoffmanns Antwort an Grimm zutrifft. Brief der schweizerischen Gesandtschaft in Petrograd an das Eidg. Politische

Departement vom 13. Juni 1917; Bundesarchiv. – <sup>42</sup>Protokoll der Einvernahme Hoffmanns durch Ador vom 5. Juli 1917; Bundesarchiv. – <sup>43</sup>«Observations» Adors zu den Einvernahmevergebnissen, 18. Juli 1917; Bundesarchiv. – <sup>44</sup>Böschenstein, a. a. O., S. 87f.; Bovet, a. a. O., S. 158ff. – <sup>45</sup>Wortlaut der bündesrätlichen Erklärung vom 19. Juni 1917 bei Kurz, a. a. O., S. 213. – <sup>46</sup>Bovet, a. a. O., S. 165. – <sup>47</sup>Bonjour, a. a. O., S. 625f.; vgl. auch Böschenstein, a. a. O., S. 95. – <sup>48</sup>Bovet, a. a. O., S. 129. – <sup>49</sup>Bonjour, a. a. O., S. 626 und 634; Barbey, a. a. O., S. 115; Böschenstein, a. a. O., S. 95. – <sup>50</sup>Zit. bei Bonjour, a. a. O., S. 621. – <sup>51</sup>Zit. bei Bonjour, a. a. O., S. 634. – <sup>52</sup>Telegramm Dietrich Bethmann-Hollweg an Auswärtiges Amt; Bern, 17. März 1917. Wiedergegeben bei Scherer/Grunewald, a. a. O., S. 40f. – <sup>53</sup>Minister Alphonse Dunant wurde kurze Zeit nach Hoffmanns Rücktritt zum schweizerischen Gesandten in Paris ernannt. – <sup>54</sup>Siehe Anmerkung 11. So auch der österreichische Gesandte Musulin in zwei an das k. u. k. Ministerium des Äussern gerichteten Schreiben vom 7. Juli 1917; Abschriften Bundesarchiv. – <sup>55</sup>Protokoll der Einvernahme der mit der Telegrammabfertigung beschäftigten Beamten durch Minister Dunant, 25. Juni 1917; Bundesarchiv. – <sup>56</sup>A. Balabanoff, Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927, S. 163. – <sup>57</sup>Protokoll der Einvernahme Odiers vom 12. Juli 1917; Bundesarchiv. – <sup>58</sup>«Note complémentaire» (zu den Einvernahmeprotokollen) vom 9. August 1917; Bundesarchiv. – <sup>59</sup>Protokoll der Sitzung der Untersuchungskommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 30. Juli 1917; Bundesarchiv. – <sup>60</sup>Brief an Ador vom 15. Juli 1917; Bundesarchiv. – <sup>61</sup>Siehe vorstehende Anmerkung. – <sup>62</sup>Hermann Böschenstein kommt das Verdienst zu, in seiner Biographie von Bundesrat Edmund Schulthess (siehe Anmerkung 1) an die vom ehemaligen Bundeskanzler George Bovet in seinem Memoirenband «Chemin faisant», S. 88f., überlieferte Aussage Thomas' erinnert zu

haben. Obschon Bovet 1945 in Genf erschienene Lebenserinnerungen im Zeitpunkt der Veröffentlichung von Grimms Memoirenfragment «Stockholm, Petersburg, Kronstadt» (siehe Anmerkung 9) schon mehr als zehn Jahre in Buchform vorlagen, setzt Grimm sich mit den darin enthaltenen bedeutsamen Feststellungen zur Telegrammaffäre erstaunlicherweise überhaupt nicht auseinander. – <sup>63</sup>Auf diese Bemerkung Thomas' sowie auf den Umstand, dass dieser Frankreich anfangs April 1917 verlassen hatte, stützt Bovet die Vermutung, der französische Geheimdienst könnte sich die Kenntnis des schweizerischen Chiffreschlüssels im Zusammenhang mit der weiter oben (S. 15 f.) erwähnten bündesrätlichen Unterstützung von Wilsons Friedensnote verschafft haben: «... le Conseil Fédéral s'était associé, en décembre 1916, à la note du président Wilson sur les ouvertures de paix. Or le Département Politique, croyant que la note avait été envoyée à la Suisse seule, la transmit immédiatement à nos principales légations en chiffre. Mais, le lendemain, tous les journaux la reproduisaient en première page, parce qu'elle avait été envoyée simultanément aux belligérants et aux neutres. Il n'était pas difficile aux cabinets noirs des capitales étrangères, en comparant nos longues dépêches chiffrées avec le texte de la note, de découvrir notre chiffre» (Bovet, a. a. O., S. 88). Sollte dieser Erklärungsversuch zutreffen, so hätte Hoffmann sein Verhängnis sogar in einem kryptographisch-technischen Sinne mitverschuldet, da er es bekanntlich gewesen war, der den teilweise widerstrebenden Bundesrat zum Sukkurs für den Vorstoß des amerikanischen Präsidenten bestimmt hatte. – <sup>64</sup>Dass Albert Thomas bei der Telegrammaffäre die Hand im Spiel hatte, war – obgleich nicht in allen Einzelheiten – auch seiner Umgebung in Petrograd bekannt. So erwähnt Louis de Robien, damals Sekretär der französischen Botschaft in der russischen Hauptstadt, in seinem Tagebuch unter dem Datum vom 21. Juni 1917 die «publication faite sur les conseils de M. Al-

bert Thomas d'un télégramme adressé par le gouvernement suisse à son ministre M. Odier et qui a été déchiffré». (L. de Robien, *Journal d'un diplomate en Russie*, Paris 1967.) Dass Thomas während seines Russlandaufenthaltes der geheimdienstlichen Sphäre sein besonderes Augenmerk widmete, bezeugt auch D. Drachkovitch, Albert Thomas diplomate. *Missions en Russie* (in «Albert Thomas vivant. Etudes, Témoignages, Souvenirs», Genève 1957, S. 130): «Le gouvernement provisoire avait... réussi à prolonger l'esprit de résistance des soldats russes à l'égard des incessantes manœuvres de la propagande allemande pour la paix. Sur les conseils d'Albert Thomas, il avait, à cette fin, organisé un service spécial de contre-espionnage.» –<sup>65</sup> Bericht des österreichischen Gesandten Musulin vom 21. Juni 1917, zit. bei Bonjour, a. a. O., S. 631; vgl. auch Wagnière, *La Suisse et la Grande Guerre*, S. 160. –<sup>66</sup> Memorandum Hoffmanns für Ador vom 5. Juli 1917; Bundesarchiv. Bonjour, a. a. O., S. 629, zitiert die Schrift irrtümlich unter dem Datum vom 19. Juni 1917. –<sup>67</sup> Siehe vorstehende Anmerkung. –<sup>68</sup> Siehe Anmerkung 66. –<sup>69</sup> «Im übrigen würde ich die Frage, ob in Bemühungen für einen Separatfrieden zwischen irgendwelchen Einzelstaaten der beiden kriegsführenden Gruppen eine Neutralitätswidrigkeit erblickt werden müsse, unbedenklich verneinen. Den durch die Verträge geschaffenen oder in der Natur der Dinge begründeten Interessen der beiden Staatengruppen, ein Abbröckeln einzelner Glieder zu verhindern, steht das Recht auf den Frieden gegenüber, das in erster Linie die durch keinerlei Abmachungen oder Versprechungen gebundenen neutralen Staaten besitzen. Wer für dieses Recht arbeitet, begeht kein Unrecht und keine Neutralitätsverletzung». Memorandum Hoffmanns für Ador, siehe Anmerkung 66. –<sup>70</sup> Von Hoffmann zitiert in seinem Memorandum für Ador, siehe Anmerkung 66 und oben S. 8f. –<sup>71</sup> Für die Authentizität der von Romberg hier wiedergegebenen Bemerkungen Hoffmanns bürgen dessen eigene, we-

nige Wochen später im Untersuchungsverfahren gemachten Aussagen: «... je me suis dit que, si M. Grimm pouvait à Petrograd indiquer d'une manière générale les intentions de l'Allemagne, le Gouvernement russe aurait ainsi l'occasion de dire à ses alliés: c'est le moment de causer avec l'Allemagne et que si les alliés refusaient toute conversation, le Gouvernement russe pourrait alors se considérer comme étant délié des engagements pris lors de la signature du pacte de Londres.» Protokoll der Einvernahme Hoffmanns durch Ador vom 5. Juli 1917; Bundesarchiv. Zum «Negativismus» der Westmächte vgl. ferner die oben S. 20 angeführte Stelle aus Hoffmanns Memorandum für Ador. Wie stark der Gedanke einer Nutzbarmachung der innerrussischen Situation für die beschleunigte Beendigung des Krieges Hoffmann damals beschäftigte, bezeugt auch ein Bericht des österreichischen Gesandten Musulin vom 8. Mai 1917 nach Wien, worin es heisst: «Herr Hoffmann erörterte heute in einer längeren Konversation die Möglichkeit, den russischen Feldzug zu beenden, und kam zu dem Schlusse, dass trotz der neuerlich zutage getretenen Schwäche der Position Miljukows ein direkter Separatfrieden wohl kaum zu erreichen sein dürfte. Vielleicht wäre es aber, meint der Bundesrat, möglich, auf einem uns zur Verfügung stehenden Wege unsere wesentlichen Bedingungen für einen allgemeinen Frieden in Russland zur Kenntnis zu bringen mit der Aufforderung, für diesen allgemeinen Frieden die Westmächte zu gewinnen.» Zit. bei Haas, a. a. O., S. 168. –<sup>72</sup> Brief Hoffmanns an Lardy vom 19. April 1917; Bundesarchiv. –<sup>73</sup> Protokoll der Einvernahme Hoffmanns durch Ador vom 5. Juli 1917; Bundesarchiv. –<sup>74</sup> Memorandum Hoffmanns für Ador vom 5. Juli 1917; Bundesarchiv. Zit. bei Bonjour, a. a. O., S. 630. –<sup>75</sup> Vgl. E. Bonjour, *Europäisches Gleichgewicht und schweizerische Neutralität*, in *Die Schweiz und Europa*, Basel 1958, S. 13ff.; P. Stauffer, *Die Idee des europäischen Gleichgewichts im politischen Denken Johannes von Müllers*, Basel 1960;

R. Meyer, Die Flugschriften der Epoche Ludwigs XIV., Basel 1955. –<sup>76</sup>Der Gedanke einer schweizerischen Kriegsbeteiligung aus eigenem Entschluss erschien in zeitgenössischer Sicht weit weniger abwegig, als wir ihn in der Rückschau empfinden. Dies illustriert etwa ein Brief General Willes an Bundesrat Hoffmann vom 20. Juli 1915, worin es heisst: «Ich habe eben vorher darauf aufmerksam gemacht, dass etwas mit dem Säbel rasseln im gegenwärtigen Moment uns vorteilhaft sein könnte. Ich möchte beifügen, dass ich nach wie vor die Erhaltung des Friedens für eine unserer obersten Aufgaben erachte, aber dass ich, wenn die Erhaltung unserer Selbständigkeit und Unabhängigkeit dies erfordert, den gegenwärtigen Moment für das Eintreten in den Krieg als vorteilhaft erachte.» Zit. bei Kurz, a. a. O., S. 109. Hoffmann ist der Möglichkeit eines schweizerischen Kriegseintrittes indessen stets ablehnend gegenüber gestanden; auch die Lockung mit allfälligen territorialen Gewinnen für die Schweiz hat ihn in seiner

neutralitätspolitischen Standfestigkeit nicht zu beirren vermocht. Vgl. hiezu E. R. Rosen, Neutralität, Machtpolitik und Staatsgedanke, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 327 vom 16. Juli 1972. –<sup>77</sup>Man kann sich im übrigen fragen, weshalb Hoffmann in seiner Prognose der politisch-militärischen Entwicklung den bei der Niederschrift seines Briefes erst zwei Wochen zurückliegenden Kriegseintritt der USA völlig ausser acht liess. Dass er, beeinflusst durch die in deutschen offiziellen Kreisen vorherrschende Auffassung (vgl. hiezu Fischer, a. a. O., S. 504), auf absehbare Zeit keinen ins Gewicht fallenden amerikanischen Kriegsbeitrag erwarten zu müssen glaubte, ist denkbar. Diese Annahme widerspräche indessen der Bemerkung Rombergs in seinem Telegramm vom 14. April (s. oben S. 5f.), wonach die Bundesräte Schulthess und Hoffmann sich «besonders unter dem Eindruck der amerikanischen Kriegserklärung nervös und besorgt» darüber gezeigt hätten, dass die Friedenschancen im Osten ungenützt bleiben könnten.

## *Biographische Notizen*

### *Arthur Hoffmann*

Geboren am 18. Juni 1857 in St. Gallen. Studium der Rechte in München, Leipzig und Zürich; Dr. iur. Eintritt in die Anwaltspraxis seines Vaters, Ständerat Carl Hoffmann. 1886 freisinniges Mitglied des sanktgallischen Grossen Rates, 1896 des Ständerates. Militärische Laufbahn bis zum Obersten und Kommandanten einer Infanteriebrigade. Wahl zum Bundesrat 1911. Vorsteher zunächst des Justiz- und Polizei-, dann des Militärdepartementes und ab 1914 des Politischen Departementes. Nach seiner Demission am 19. Juni 1917 Rückkehr nach St. Gallen und Wiederaufnahme der Anwaltstätigkeit. Gestorben am 23. Juli 1927.

### *Robert Grimm*

Geboren 1881 in Wald. Typograph (Buchdruckmaschinenmeister). 1909 bis 1918 Chefredaktor der sozialdemokratischen «Berner Tagwacht». 1911 Wahl in den Nationalrat (Ratszugehörigkeit bis 1955, Präsidium 1945/46). Vorsitzender der internationalen Sozialistenkonferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916). Als Präsident des Oltener Aktionskomitees Führer des Landesstreiks vom November 1918. Im selben Jahr Wahl in den Gemeinderat (Exekutive) der Stadt Bern. Von 1938 bis 1946 Regierungsrat des Kantons Bern; dann Direktor der Berner Alpenbahn-Gesellschaft (Lötschbergbahn). Gestorben am 9. März 1958.